



EIDGENÖSSISCHE AUSLÄNDERKOMMISSION
COMMISSION FÉDÉRALE DES ÉTRANGERS
COMMISSIONE FEDERALE DEGLI STRANIERI
SWISS FEDERAL COMMISSION FOR FOREIGNERS

Jahres

■ '03

bericht

Inhalt

akzente	4	
aspekte	6	
	Politische Entwicklungen in Europa	6
	Politische Entwicklungen in der Schweiz	7
	Forschungsergebnisse zu integrations- und migrationspezifischen Fragen	19
	Stellungnahmen von Akteuren auf nationaler Ebene zu integrationspezifischen Themenbereichen	20
	Demografische Entwicklungen in der Schweiz	20
aktivitäten	24	
	Jahresthema 2003	24
	Politische Arbeit	25
	Integrationsförderung	27
	Veranstaltungen	33
	Publikationen	34
	Informationen	35
ausblick	37	
anhang	39	

Impressum

Redaktion	Elsbeth Steiner Simone Prodolliet
Konzept Gestaltung	RH Design, Worb
Druck	BBL, 3003 Bern
Bestellungen	Sekretariat EKA Quellenweg 9 3003 Bern-Wabern Tel 031 325 91 16 eka-cfe@imes.admin.ch
	www.eka-cfe.ch

vorwort

«In den kommenden Jahrzehnten wird die Einwanderung einer der zentralen Bereiche sein, der für die erweiterte Europäische Union zum Prüfstein werden wird. Migrationssteuerung bedeutet nicht nur, die Türen zu öffnen und mit den anderen Ländern zusammenzuarbeiten. Es heisst auch, dafür besorgt zu sein, dass neu Zugewanderte sich integrieren können. Das Aufeinanderzugehen gilt für beide Seiten: sowohl für die Migrierten wie auch für die aufnehmende Gesellschaft. Kreative Integrationsstrategien sind unerlässlich, damit Migration eine Chance darstellt und nicht zur Bürde wird.»

In seiner Rede vor dem Europäischen Parlament hat UNO-Generalsekretär Kofi Annan mit einfachen Worten klargestellt, in welchem Geist die Herausforderung von Migration, der künftig ein hoher Stellenwert zugemessen wird, angegangen werden soll. Zweifellos gelten diese Überlegungen auch für die Schweiz, verdankt sie doch der Einwanderung seit den 1950er Jahren über zwei Drittel ihres demographischen Wachstums, ohne das die in der gleichen Zeit erfolgte Wirtschaftsentwicklung nicht möglich gewesen wäre.

Es ist unserem Land als Verdienst anzurechnen, dass es bisher gelungen ist, der Integration eine prinzipiell positive Ausrichtung zu geben. Dieser Prozess verlief selbstverständlich nicht ohne Spannungen und Schwierigkeiten. Es gab aber immer auch Pragmatismus und Solidarität. Das multikulturelle Gesicht unseres Landes, unsere Demokratie und unser Föderalismus haben dabei eine entscheidende Rolle gespielt. Und selbst wenn die Entwicklung bisweilen abgebremst wurde, hat sich grundsätzlich der Geist der Öffnung gegenüber der Mentalität der Verslossenheit durchgesetzt.

Die Eidgenössische Ausländerkommission EKA stellt ihren Jahresbericht in den Kontext der internationalen Diskussionen über Migration und Integration und bietet einen Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse auf nationaler Ebene. Die EKA spiegelt damit ihre Überlegungen und ihr Handeln in Bezug auf den Rahmen, der für die nähere Zukunft von Relevanz sein wird.

Die EKA hat sich 2003 mit dem Jahresthema «Integration und Arbeit» befasst. Die Arbeitssuche ist nach wie einer der Hauptmotoren für Migration. Und über Arbeit findet Integration statt. Die EKA wird sich im Jahre 2004 einem ebenso zentralen Bereich zuwenden: dem Thema «Integration und Habitat».

Das Integrationsförderungsprogramm des Bundes seit 2001 beruht auf einem breit angelegten Integrationsverständnis. Dank diesem Programm war es möglich, über drei Jahre hinweg landesweit insgesamt 993 Projekte zu unterstützen. Für 2004 bis 2007 ist ein neues Programm ausgearbeitet worden, das auf Kontinuität und Weiterentwicklung basiert.

Ein weiterer Bereich, der für die Integration von Bedeutung ist, ist die Gesetzgebung. Volk und Stände werden über die erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten und dritten Generation zu befinden haben. Die EKA setzt grosse Hoffnungen auf diesen Volksentscheid, ist doch die Einbürgerung ein äusserst wichtiger Faktor für die Integration in die Gesellschaft, in der man lebt. Die EKA hofft ferner, dass das Parlament bei den anstehenden Debatten über das neue Ausländergesetz das aktuelle Integrationsverständnis bekräftigt.

Die EKA könnte ihre anforderungsreiche, auf lange Sicht hin angelegte Arbeit nicht bewältigen, bestünde nicht eine enge Partnerschaft zwischen der Kommission, dessen Sekretariat, dem IMES, den Kantonen und Städten, den Hilfswerken, den Organisationen der Migrantinnen und Migranten, den Forschenden und vielen weiteren Akteuren. Ihnen allen gilt an dieser Stelle unser herzlichster Dank. Ein spezieller Dank geht an die ehemaligen Kommissionsmitglieder, welche die EKA Ende 2003 – aus Anlass deren Neubestellung durch den Bundesrat – verlassen haben.

Francis Matthey, Präsident der Eidgenössischen Ausländerkommission



Bild aus terra cognita 3, © Gretlers Panoptikum zur Sozialgeschichte, Zürich

Arbeit

Eine grosse Tagung, eine umfangreiche Studie, die Nummer «lutar, arbeiten, travailler, lavorare» von terra cognita, sechs Empfehlungen: So präsentiert sich das Ergebnis der einjährigen Beschäftigung am EKA-Jahresthema «Integration und Arbeit». Zwar sind einige Kennzahlen zum Thema Arbeit und Zugewanderte bekannt, etwa dass jede vierte Arbeitsstunde von einer ausländischen Arbeitskraft geleistet wird und dass im Gastgewerbe sehr viele Migrantinnen und Migranten arbeiten (es sind genau 52.6%). Doch die Annahme, der Arbeitsplatz garantiere automatisch die Integration, ist falsch. Die EKA hat versucht aufzuzeigen, wo, wie und mit wem die Situation von ausländischen Arbeitskräften im schweizerischen Arbeitsmarkt noch verbessert werden kann. Ein Thema, das die Kommission über das Jahr 2003 hinaus begleiten wird.

Neue Prioritätenordnung zur Integrationsförderung

993 Projekte wurden im Rahmen des ersten Integrationsförderungsprogramms des Bundes von 2001 bis 2003 unterstützt. Rund 10 Millionen Franken wurden dafür pro Jahr ausbezahlt. Der von der EKA verwaltete Integrationskredit hat sich bewährt. Die gewählten Förderschwerpunkte entsprachen einem Bedürfnis. Für das zweite Programm (2004-2007) wurde deshalb auf Kontinuität und Weiterbildung gesetzt. Neu sollen auch Projekte unterstützt werden, welche zur «Öffnung von Institutionen» beitragen. Die Schwerpunkte 2004-2007:

A: Verständigung fördern

B: Institutionen öffnen

C: Zusammenleben erleichtern

D: Kompetenzzentren entwickeln

E: Innovation und Qualitätssicherung

Auf dem Weg zur erleichterten Einbürgerung?

Parlament und Bundesgericht sorgten 2003 mit Entscheiden zum Thema Einbürgerung für Schlagzeilen. National- und Ständerat stritten sich über die Wünschbarkeit oder Notwendigkeit eines Beschwerderechts gegen Einbürgerungsentscheide und über Einzelheiten der erleichterten Einbürgerung von ausländischen Jugendlichen der zweiten Generation und der Verleihung des Schweizer Bürgerrechts an Kinder der dritten Ausländergeneration. Das Bundesgericht nahm erstmals zu beanstandeten Einbürgerungsentscheiden Stellung und erklärte Entscheide an der Urne als verfassungswidrig. Die EKA begrüsst diesen Entscheid und hat die Gemeinden aufgefordert, solche Entscheide durch eine spezielle Kommission oder durch die Exekutivbehörde fällen zu lassen. Die 2004 anstehende Volksabstimmung zur erleichterten Einbürgerung empfiehlt die Kommission zur Annahme.

Politische Entwicklungen in Europa

Am 12./13. Dezember fiel am EU-Gipfel in Kopenhagen die Entscheidung über die Erweiterung der Union um insgesamt zehn Länder auf 450 Millionen Einwohner. Der Beitritt hat neben Hoffnungen auf eine gemeinsame europäische Zukunft auch Ängste ausgelöst, welche sich unter anderem in fetten Boulevard-Schlagzeilen über den «Ansturm aus dem Osten» manifestierten. In den Beitrittsverhandlungen hat die EU auf Druck von Deutschland und Österreich die Personenfreizügigkeit für Arbeitnehmer aus den künftigen osteuropäischen EU-Staaten für eine Übergangszeit von maximal sieben Jahren eingeschränkt. Wollten sich ursprünglich nur Berlin und Wien absichern, haben in der Zwischenzeit sämtliche bisherigen Mitgliedstaaten abhaltende Massnahmen in Aussicht gestellt. Grossbritannien und neuerdings auch Irland wollen zwar nicht den Zugang zum Arbeitsmarkt, aber jenen zu bestimmten Sozialleistungen einschränken. Ferner will die britische Regierung ein Registrierungssystem einführen. Es bestehen jedoch Zweifel, ob diese Massnahmen mit dem Diskriminierungsverbot zu vereinbaren sind.

Laut einer Studie der EU-Kommission (26.2.2004) wird selbst bei uneingeschränkter Freizügigkeit nicht mehr als ein Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung aus den neuen in die bisherigen EU-Mitgliedstaaten abwandern. Das jährliche Migrationspotenzial wird auf höchstens 220'000 Personen geschätzt. In erster Linie wird die Erweiterung dazu führen, dass Personen aus den Beitrittsländern, welche schon heute, oft mit prekärem oder illegalem Status, in den 15 bisherigen EU-Ländern leben, eine Anerkennung erfahren.

Verschärfte Abwehr – gestärkte Integration

Seit den Beschlüssen des europäischen Rates 1999 in Tampere steht die Migration auf der Agenda der gemeinsamen Politik. Dabei steht für die EU zweifellos die verschärfte Bekämpfung der illegalen Einwanderung im Vordergrund. Die Erhöhung der Hürden der «Festung Europa» ist aber gleichzeitig auch gekoppelt mit verstärkten Anstrengungen, die Integration der Migrantinnen und Migranten innerhalb der EU zu fördern. Auf europäischer Ebene gehört dazu in erster Linie der verstärkte Austausch und die Koordination der nationalen Integrationspolitiken. Dies wurde durch den Beschluss des Rates an seinem Treffen in Thessaloniki im Juni 2003 bestätigt, mit welchem sich die EU auf gemeinsame Leitplanken festgelegt hat. Eine Gruppe nationaler Kontaktstellen soll den Informationsaustausch unter den Ländern fördern und die verschiedenen nationalen politischen Massnahmen koordinieren. Im Juni wurde auch das neue Programm INTI lanciert, dem heuer vier Millionen Euro zur Verfügung stehen. Es bezweckt, Pilotprogramme im Bereich der Integration zu lancieren und das Wissen über die nationalen Bemühungen im Zusammenhang mit Integrationspolitik zu fördern. Diesem Zweck dient auch der jährliche Bericht über Migration und Integration in Europa, welcher die Kommission in Zukunft vorlegen wird. Im Jahre 2003 wurden ausserdem Richtlinien über das Recht der Familienzusammenführung und den Status von langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen beschlossen. Noch auf dem Tisch des Rates liegt der Entwurf einer Richtlinie, welche gemeinsame Rahmenbestimmungen für den Erwerb einer Arbeitsbewilligung im EU-Raum vorsieht und dabei auch Rechte der Arbeitsmigrantinnen und -migranten vereinheitlicht.

EUROPÄISCHE UNION
STREBT EINHEITLICHE
INTEGRATIONS-
POLITIK AN

Politische Entwicklungen in der Schweiz

Integrationspolitische Stimmung in der Schweiz

Das im europäischen Umfeld beobachtbare Spannungsfeld zwischen Verschärfungen und Verhärtungen im migrationspolitischen Diskurs einerseits und in einer Öffnung gegenüber integrationspolitischen Anliegen innerhalb der einzelnen Staaten andererseits prägt sich auch in der Schweiz immer stärker aus. Die Gründe dafür sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass 2003 ein Wahljahr war, und die Parteien unter anderem auch die Ausländer- und Asylpolitik als Thema ihrer Positionsbezüge benutzten. So haben sich etwa die Zürcher SVP und der unter dem Namen PIKOM (Parteiunabhängiges Informationskomitee) agierende FDP-Politiker Philipp Müller mit Inseraten an die Öffentlichkeit gewandt, in welchen auf der einen Seite Zugewanderte als Schmarotzer unseres Sozialversicherungssystems dargestellt und auf der anderen Seite die Folgen des demografischen Ungleichgewichts zwischen schweizerischer und ausländischer Bevölkerung beklagt wurden. Dieses Ungleichgewicht führe zu einer ungünstigen wirtschaftlichen Entwicklung und belaste den Staat.

Verschiedene Akteure der Zivilgesellschaft haben auf die tendenziösen und mit teilweise gehässigem Unterton verfassten Inserate und Schlagworte reagiert – unter anderem auch der Präsident der EKA, der in einer gemeinsamen Stellungnahme mit dem Präsidenten der EKR auf die irreführenden Aussagen in den Inseraten der Zürcher SVP aufmerksam machte.

Das sich verschärfende migrationspolitische Klima ist aber offensichtlich Ausdruck einer skeptischen Haltung vieler Schweizerinnen und Schweizer gegenüber Anliegen, die Zugewanderte betreffen. So haben die Ergebnisse der National- und Ständeratswahlen im Herbst 2003 gezeigt, dass rechtsbürgerliche Argumente in gewissen Teilen der Bevölkerung auf fruchtbaren Boden gestossen sind.

Trotz immer lauter werdenden Forderungen nach einer härteren Gangart in der Ausländer- und Asylpolitik gibt es jedoch auch deutlich vernehmbare Stimmen nach einer integrationspolitischen Öffnung. Eine wichtige – und neue – Stimme ist die der unter dem Namen «Secondas» aktiven Interessengemeinschaft von Nachkommen von Eingewanderten. Die Interessengemeinschaft, die sich den ursprünglich pejorativ belegten Begriff «Secondos» (für gewaltbereite Jugendliche ausländischer Herkunft) positiv aneignete, setzt sich für eine sensibilisierende Informationspolitik und die Stärkung des Selbstbewusstseins all jener ein, die in der Schweiz geboren wurden und aufgewachsen sind, jedoch nach wie vor den Status eines Ausländers, einer Ausländerin haben.

NEU AUF DER
POLITISCHEN BÜHNE:
DIE SECONDAS

Als Zeichen der Öffnung zu werten sind auch die diversen Entwicklungen in den Kantonen und Gemeinden, über welche anhand einzelner Beispiele weiter unten berichtet wird. Desgleichen ist auch der Bundesgerichtsentscheid zu Einbürgerungen an der Urne als Geste eines offeneren Geistes in Sachen Integrationspolitik aufgenommen worden. Näheres zu diesem historisch bedeutsamen Entscheid wird unter dem Stichwort «Einbürgerung» ausgeführt.

Neues Ausländergesetz: Ergebnisse der Beratungen in der SPK

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK-N) beendete in der zweiten Hälfte des Jahres nach umfangreichen Arbeiten, die sich über eineinhalb Jahre erstreckten, die Beratungen zum Entwurf des neuen Ausländergesetzes (AuG).

In mehreren Sitzungen wurden mehr als fünfzig Minderheitsanträge behandelt. Das Resultat der Gesamtabstimmung zeigte, wie sehr die grosse Kammer schon in alter Besetzung gespalten ist. Mit 10 zu 8 Stimmen und bei 2 Enthaltungen wurde das Gesetz gutgeheissen.

Die Beratungen brachten in gewissen Punkten eine Lockerung, in andern hingegen eine Verschärfung mit sich. In folgenden Hauptpunkten beantragt die SPK-N, den Gesetzesentwurf zu modifizieren:

Streichung des Zusammenwohnens als Voraussetzung für die Aufenthaltsbewilligung ausländischer Familienangehöriger von Schweizer Ehepartnern;

Anerkennung ehelicher Gewalt als wichtigen persönlichen Grund, der nach einer Scheidung den Verbleib in der Schweiz rechtfertigt;

Herabsetzung der Nachzugsfrist für Kinder bis zum Alter von 14 Jahren auf 5 Jahre; Nachzugsfrist für Kinder ab 14 Jahren innerhalb von 12 Monaten;

Einführung der Möglichkeit, die Erteilung einer Aufenthalts- oder Kurzaufenthaltsbewilligung vom Besuch eines Integrationskurses abhängig zu machen;

Fokussierung der Integrationsförderung auf Projekte, welche in der Regel auf sogenannten Integrationsvereinbarungen beruhen;

Einführung einer Sanktionsbestimmung, nach welchen Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber, die ihre Sorgfaltspflicht gegenüber ausländischen Mitarbeitenden verletzen, von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden;

Streichen der Möglichkeit, dass Arbeitgeber zur Schaffung von Ausbildungsplätzen von ausländischen Arbeitskräften verpflichtet werden können;

Lockerung des dualen Zulassungssystems zum schweizerischen Arbeitsmarkt durch eine vorgezogene Öffnung gegenüber Kurzaufenthaltern aus den neuen EU-Mitgliedstaaten;

«Sanierungsartikel» für Personen mit illegalem Aufenthaltsstatus.

Die EKA, die sich bereits im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Gesetzesentwurf geäussert hatte, begrüsst die Lockerungen, die insbesondere im Bereich des familiären Zusammenlebens angestrebt werden. Ebenfalls positiv beurteilt die EKA die schärferen Sanktionen gegenüber fehlbaren Arbeitgebern sowie die Anhebung des «Rundschreibens Metzler» zur Begutachtung von Härtefällen auf Gesetzesstufe.

EKA IST SKEPTISCH GEGENÜBER INTEGRATIONS- VEREINBARUNG

Kritisch sieht die EKA allerdings den Einschränkungen entgegen, die im Zusammenhang mit der finanziellen Unterstützung von Integrationsprojekten vorgesehen sind. Vom Bund finanziell mitgetragen werden sollen nur Projekte, die auf einer Integrationsvereinbarung basieren. Dies würde nicht nur eine grosse bürokratische Mehrarbeit nach sich ziehen. Würde das Plenum diesem Antrag folgen, wäre der grösste Teil der aktuell vom Bund verfolgten Integrationspolitik in Frage gestellt. Integrationsvereinbarungen würden ohnehin nur mit Angehörigen aus Drittstaaten abgeschlossen werden können. Dies hätte nicht nur eine starke Ungleichbehandlung gegenüber Personen aus dem EU- und EFTA-Raum zur Folge, sondern würde aufgrund der Einschränkung der Integrationsförderung auf diese Personengruppe auch an den tatsächlichen Bedürfnissen vorbeiziehen.

aspekte

Anlass zu Besorgnis bieten für die EKA auch die Verschärfungen im Bereich des Nachzugs von Kindern. Die EKA hat zwar Verständnis für das Anliegen, dass Kinder im Sinne einer raschen Integration baldmöglichst nachgezogen werden sollen. Hingegen plädiert sie für eine Rechtsgrundlage, die eine gewisse Flexibilität zulässt. Ebenfalls kritisch beurteilt die EKA die Übergangsbestimmung zur Zulassung von Kurzaufenthaltern aus den neuen EU-Staaten, auch wenn diese Bestimmung möglicherweise wegen des Abschlusses der Bilateralen Verträge II gar nicht zur Anwendung kommen wird. Dass ein solches neues «Saisonierstatut» in die integrationspolitische Sackgasse führt, hat die Vergangenheit zur Genüge bewiesen.

Revision der Verordnung zur Integration von Ausländerinnen und Ausländern und der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer

Am 2. Juli 2003 schickte die Departementsvorsteherin, Ruth Metzler-Arnold, die Teilrevision der Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (VIntA) sowie die Teilrevision der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) in die Vernehmlassung. Wichtigste Inhalte der Teilrevision VIntA betreffen:

- die Anpassung des Geltungsbereichs für Integrationsmassnahmen auch für vorläufig Aufgenommene, deren Vollzug der Wegweisung unzulässig oder unzumutbar ist;
- die Hervorhebung von Integration als einem gegenseitigen Prozess, bei welchem die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten mittels eines beschränkten Anreiz- und Sanktionensystems gewürdigt wird;
- die Etablierung der Koordinationsfunktion des IMES bezüglich der Integrationsmassnahmen auf Bundesebene (v.a. in den Bereichen der Berufsbildung, der Arbeitslosenversicherung und des Gesundheitswesens) und in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den grösseren Städten;
- die Modifizierung von Verfahren über die Gesuchseinreichung und den Entscheid über die Gewährung von Finanzhilfen im Rahmen der Integrationsförderung.

Die Teilrevision der BVO beinhaltet im Wesentlichen die Regelung des Familiennachzugs innerhalb von fünf Jahren. Damit soll eine Erleichterung der späteren beruflichen Integration gewährleistet werden.

Die EKA hat zu den beiden Teilrevisionen Stellung genommen und insbesondere auf kritische Punkte Bezug genommen, welche sich auf die Integrationsbereitschaft der Migrantinnen und Migranten beziehen. Bezüglich der Teilrevision VIntA hat die EKA darauf hingewiesen, dass nicht nur vonseiten der Zugewanderten Anstrengungen zur Integration unternommen werden müssten, sondern dass auch explizit der Beitrag der schweizerischen Gesellschaft zur Bereitstellung entsprechender Strukturen festgehalten sein muss. Ferner hat die EKA den stärkeren Einbezug der Kantone mittels Koordinationsfunktion des IMES begrüsst. Sie hat sich jedoch dafür ausgesprochen, dass die der EKA übertragene Funktion der Prüfung und Empfehlung von Gesuchen weiterhin sichergestellt werden muss, da dies die einzige Möglichkeit ist, dass auch die betroffenen Teile der Bevölkerung, die sonst über keine Möglichkeit der politischen Mitsprache verfügen, sich am Prozess der Entscheidungsfindung beteiligen können.

**INTEGRATION
IST NICHT NUR
AUFGABE
DER ZUGEWANDERTEN**

Im Rahmen der Stellungnahme zur geplanten Einschränkung bezüglich Familiennachzug in der BVO hat die EKA empfohlen, auf diese Revision zu verzichten, da sie in einem wichtigen Bereich eine Ungleichbehandlung von EU- und nicht EU-Angehörigen nach sich zieht. Auch wenn die EKA grundsätzlich die positive Diskriminierung im Rahmen des Freizügigkeitsabkommens unterstützt, hält sie dafür, im Zusammenhang mit der Erteilung des Familiennachzugs jene Hürden abzubauen, die erfahrungsgemäss einen raschen Nachzug der Familie behindern. Die EKA könnte sich mit dieser Frist nur dann einverstanden erklären, wenn im Gegenzug auf die Voraussetzungen verzichtet wird, welche z.B. eine angemessene Wohnung oder eine gesicherte Betreuung der Kinder verlangen.

Die Vernehmlassung zu den Teilrevisionen ist im Oktober 2003 abgeschlossen worden. Die Ergebnisse sind noch nicht publiziert worden, und die Frage der Inkraftsetzung – unter anderem wegen des Wechsels an der Departementsspitze – ist noch offen.

Asylpolitik

Die Asylpolitik im Berichtsjahr stand vor allem im Zeichen des generellen Sparens bei den Bundesausgaben. Zu Beginn des Monats April hat Bundesrätin Ruth Metzler eine Asylkonferenz einberufen, zu welcher Vertreterinnen und Vertreter von Kantonen, Gemeinden und Städten sowie von NGOs geladen waren. Die Bundesrätin präsentierte ihr Vorhaben, bei Personen, deren Asylgesuch mit Nichteintreten beantwortet werde, künftig von Sozialhilfeleistungen auszuschliessen. Das Gros der Kantone reagierte mit Besorgnis, denn die Kosten, die der Bund einspare, würden damit auf die Kantone abgewälzt. Die Probleme würden damit nur verschoben.

Für Aufsehen hatte das Zürcher Asylmanifest zu Beginn des Jahres gesorgt, das diese Kritik im Prinzip bereits vorweggenommen hatte. In zehn Punkten forderte die Stadtzürcher Regierung von Bund und Kantonen «wesentliche Änderungen und Schritte in der schweizerischen Asylpolitik». Die Städte hätten heute die Folgekosten für eine verfehlte Asylpolitik zu tragen. Gefordert wurde insbesondere, Asylsuchende zur Arbeit zu verpflichten und zu berechtigen. Die Asylsuchenden sollten ihren Lebensunterhalt durch ihre eigene Arbeit finanzieren, und zwar möglichst schnell nach ihrer Ankunft in der Schweiz und soweit Beschäftigungsangebote bestünden.

Die Vorschläge der Stadtzürcher Regierung waren schweizweit positiv aufgenommen worden, auch wenn sich nicht alle einig waren, ab welchem Zeitpunkt beispielsweise Asylsuchende arbeiten sollten.

Die Anzahl der Asylgesuche belief 2003 sich auf 20'806, was einem Rückgang von über 20% gegenüber dem Vorjahr entsprach. Die Anerkennungsquote für Asyl betrug 6.8%. Für 12.2% der Gestuchstellenden wurde die Vorläufige Aufnahme verfügt.

Parlamentarische Vorstösse

Im Bereich der Integrations- und Migrationspolitik wurden im Jahr 2003 zahlreiche Anfragen, Postulate, Motionen und Interpellationen eingereicht. Auf ausgewählte Vorstösse wird in den folgenden Abschnitten eingegangen. Die Vorstösse im Bereich des Bürgerrechts und im Bereich der Sans Papiers werden in den jeweiligen Abschnitten erwähnt.

ZÜRICH SORGT MIT
ASYLMANIFEST
FÜR SCHLAGZEILEN

aspekte

Integrationsförderung. Die Motion Otto Laubacher (SVP, LU) regte an, den Integrationskredit des Bundes auf 10 Millionen Franken zu kürzen. In seiner Stellungnahme hielt der Bundesrat fest, dass die Integration der ausländischen Bevölkerung für die Zukunft der Gesellschaft und des Arbeitsplatzes Schweiz von grosser Bedeutung sei. Gesamtschweizerisch leiste die Förderung durch den Bund einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Eine Kürzung sei daher nicht angebracht.

Mit einer Motion forderte Alex Heim (CVP, SO) den Bundesrat auf, die notwendigen Massnahmen zu treffen, damit Fahrprüfungen nur noch in den Landessprachen absolviert werden können. Der Initiant vertrat die Meinung, dass Fremdsprachige durch die Reduktion des Sprachenangebots dazu motiviert würden, rasch eine Landessprache zu erlernen, was wiederum deren Integration positiv beeinflussen würde. Der Bundesrat erklärt, dass es auf Bundesebene keine Vorschriften gibt, in welchen Sprachen die Fahrprüfungen abgelegt werden können. Er ist aber bereit, das Anliegen näher zu prüfen.

Cécile Bühlmann (Grüne, LU) warf in einer Interpellation Fragen im Hinblick auf die Vermeidung von Diskriminierung in der Arbeitswelt auf. Anlass war ein Bericht des Büros für arbeits- und sozialpolitische Studien, welcher zum Schluss kam, dass es im Arbeitsleben in diversen Bereichen zu Diskriminierungen kommt. Bühlmann vertrat die Ansicht, dass eine aktive Nichtdiskriminierungspolitik in der Arbeitswelt besonders wichtig sei, weil der Arbeitsplatz einen zentralen Ort der Integration darstelle. In seiner Antwort betont der Bundesrat, dass die Studie aufgrund von Sekundärdaten zwar potenzielle Problembereiche aufzeige, dass die Problemlage bisher jedoch noch in keiner primären Untersuchung analysiert wurde. Er verweist auf grundrechtliche Ansprüche (BV, EMRK, Uno-Pakt II) und auf rechtliche Grundlagen, welche dazu beitragen, Diskriminierung im Rahmen bestehender Arbeitsverhältnisse zu verhindern.

Information. In einem Postulat fordert Cécile Bühlmann den Bundesrat auf, die Studie von Thomas Straubhaar und René Weber mit dem Titel «Die Wirkung der Einwanderung auf das staatliche Umverteilungssystem des Gastlandes» zu aktualisieren. Das Fazit der Studie war, dass das Gastland aus der Anwesenheit der ausländischen Bevölkerung einen beträchtlichen Nutzen zieht. Da die Studie auf Daten der frühen Neunzigerjahre basierte, erachtete es die Initiantin als angemessen, auf der Grundlage aktueller Zahlen eine Folgestudie in Auftrag zu geben. Sie vertrat die Meinung, dass eine solche dazu beitragen könnte, die Diskussion im Bereich der Migrationspolitik zu versachlichen. Der Bundesrat seinerseits hielt eine Neuauflage für wenig sinnvoll, da der gewählte Forschungsansatz von Straubhaar und Weber diverse Schwachpunkte enthalte. Er beantragte deshalb, das Postulat abzulehnen. In einer weiteren Interpellation fragte Cécile Bühlmann den Bundesrat, welche Schritte er in Richtung einer sachlichen Information der Öffentlichkeit über die Hintergründe und Fakten der Migration bereits unternommen habe. In seiner Antwort weist der Bundesrat darauf hin, dass es ihm ein Anliegen sei, den Kenntnisstand der Bevölkerung und die Zusammenhänge im Migrationsbereich durch kontinuierliche Information sicherzustellen. Zu diesem Zweck habe er eine Arbeitsgruppe der Informationsdienste des Bundesamtes für Zuwanderung, Integration und Auswanderung (IMES), des Bundesamtes für Flüchtlinge (BFF), der eidgenössischen Ausländerkommission (EKA) und des Generalsekretariats des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements ins Leben gerufen, welche mögliche Wege prüfen, wie das Grundwissen zum Thema Migration der Öffentlichkeit besser vermittelt werden kann. In Bezug auf die

BUNDESRAT:
MEHR INFORMATION
ÜBER
MIGRATIONSFRAGEN
TUT NOT

Inseratekampagne der SVP stellte er fest, dass es nicht die Sache des Bundesrats oder der Verwaltung sei, politische Inserate von Parteien, Organisationen oder Privatpersonen auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen und dazu Stellung zu nehmen.

Invalidenversicherung. In einer Interpellation zeigte sich die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei besorgt über die Bedrohung der Zweiten Säule vor missbräuchlichen IV-Bezügen und stellte zahlreiche Fragen auch nach ausländischen IV-Bezügern. Der Bundesrat weist darauf hin, dass bereits Schritte unternommen wurden, um die Entwicklung der Invaliditätskosten und der beruflichen Vorsorge zu analysieren. Wie bereits in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats erklärt sich der Bundesrat auch an dieser Stelle aufgrund der Entwicklung im Bereich der Invalidenversicherung bereit, umgehend eine Gesetzesrevision an die Hand zu nehmen und ein Massnahmenpaket vorzuschlagen, um die weitere Zunahme der Neurenten zu dämpfen. Rudolf Rechsteiner (SP, BS) reagierte in seiner Anfrage auf Medienberichte über missbräuchliche IV-Rentenbezüge. Mit seiner Anfrage bezweckte der Initiant, einer generellen Stigmatisierung der IV-Bezügler entgegenzutreten. Diese Anfrage wurde vom Bundesrat noch nicht beantwortet.

Internationale Abkommen. In einer einfachen Anfrage wies Paul Rechsteiner (SP, SG) auf die Uno-Konvention zum Schutz der Migranten hin. Er wollte wissen, wie der Bundesrat den Inhalt der Konvention beurteilt und ob er bereit sei, eine Unterzeichnung zu prüfen. Der Bundesrat hält insbesondere denjenigen Teil der Konvention für problematisch, welcher irregulär anwesenden Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeitnehmern Rechte gewährt, die über die allgemeinen Menschenrechte hinausgehen. Er vertritt die Meinung, dass zahlreiche Rechte durch die von der Schweiz bereits ratifizierten Rechtsinstrumente abgedeckt seien.

Freizügigkeitsabkommen. In einer Interpellation der Sozialdemokratischen Fraktion wird die Erweiterung der Europäischen Union (EU) begrüsst. Die Ausdehnung des bilateralen Abkommens auf zehn weitere Länder wird als Chance für die Schweizer Wirtschaft gesehen. Die Ausdehnung bringe jedoch auch gewisse Risiken mit sich, denn im Vergleich zu den Abkommen mit der EU steige die Gefahr des Sozial- und Lohndumpings. Der Bundesrat betont in seiner Antwort, dass er in seinem Verhandlungsmandat für die Ausdehnung des Abkommens ausreichend lange Übergangsfristen und flankierende Massnahmen vorgesehen habe. Zudem sei die verstärkte Integration von rechtmässig und längerfristig anwesenden Ausländerinnen und Ausländern ein Leitgedanke des geplanten neuen Ausländergesetzes sowie der Teilrevision der Integrationsverordnung. Der Bundesrat hält in Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung und einer Ausdehnung des bilateralen Abkommens weitere Massnahmen zur Integrationsförderung als nicht geboten.

ZAHLREICHE
PARLAMENTARISCHE
VORSTÖSSE IM BEREICH
MIGRATION

aspekte

Einbürgerung

Im Bereich der Einbürgerung gab es im Jahr 2003 zwei Schwerpunkte. Einerseits handelt es sich um die Diskussionen rund um die Revision des Bürgerrechtsgesetzes und andererseits um jene rund um die Bundesgerichtsentscheide vom 9. Juli 2003. Zwei übergeordnete Fragen dominierten die Diskussionen:

Welche Rekursmöglichkeiten sollen abgelehnten Gesuchstellenden zur Verfügung stehen?

Wer soll für die Reglementierung und die Organisation des Verfahrens zuständig sein?

Die Meinungen gingen bei beiden Fragen stark auseinander.

Auf kantonaler Ebene wollte man mit der Revision von Gesetzen zuwarten, bis über die beiden Verfassungsänderungen und die entsprechenden Änderungen des Bürgerrechtsgesetzes des Bundes entschieden ist.

Der heikelste Punkt der **Bürgerrechtsrevision**, welche in den eidgenössischen Räten zur Diskussion stand, war zweifellos das Beschwerderecht. Bereits im Vernehmlassungsverfahren hatten zahlreiche Kantone, Verbände und Interessengruppen ein solches abgelehnt. Nachdem sich der Nationalrat als Erstrat für ein Beschwerderecht stark gemacht hatte, sprach sich der Ständerat mehrheitlich dagegen aus. Mitten in die Beratungen fielen zwei Bundesgerichtsentscheide (siehe unten). Da sich aus den beiden Urteilen ein Beschwerderecht einerseits aus der Verfassung ableitete, die gesetzliche Verankerung eines solchen andererseits die laufende Gesetzesrevision gefährdete, wurde auf die Einführung eines Beschwerderechts im revidierten Bürgerrechtsgesetz verzichtet. Mit der Schlussabstimmung vom 3. Oktober 2003 kamen die parlamentarischen Beratungen zum Abschluss. Die beiden Verfassungsänderungen zur erleichterten Einbürgerung für ausländische Jugendliche der zweiten Generation und für den Bürgerrechtserwerb für Kinder der dritten Generation müssen nun Volk und Ständen zur Abstimmung vorgelegt werden (voraussichtlich im September 2004). Die entsprechenden Gesetzesänderungen unterliegen dem fakultativen Referendum. Für das Gesetzespaket, welches u.a. die Beschränkung der Gebühren auf die Kosten für den Verwaltungsaufwand enthält, ist die Referendumsfrist unbenutzt abgelaufen. Für die beiden anderen Gesetzespakete beginnt die Frist nach einer allfälligen Annahme der Verfassungsänderungen.

ERLEICHTERTE
EINBÜRGERUNG
FÜR AUSLÄNDISCHE
JUGENDLICHE

Am 9. Juli 2003 fällte das **Bundesgericht** im Bereich der Einbürgerung zwei richtungsweisende Urteile. Die Stadtzürcher SVP-Initiative «Einbürgerungen vors Volk» und die negativen Einbürgerungsentscheide von Emmen wurden als Verstösse gegen die in der Bundesverfassung verbrieften Willkür- und Diskriminierungsverbote gewertet. In ihren Urteilen befanden die Lausanner Richter einstimmig, dass Einbürgerungsentscheide keine politischen Akte sondern Verwaltungsakte darstellen, die es zu begründen gilt. Abgewiesenen Gesuchstellenden müsse ein rechtliches Gehör gewährt werden. Da eine Begründung bei Urnenentscheiden nicht möglich sei, seien solche verfassungswidrig. Offen liess das Bundesgericht indes, ob auch Versammlungsentscheide als unzulässig zu betrachten seien.

Die beiden Bundesgerichtsentscheide warfen hohe Wellen. Zwar nahm das Bundesgericht zu konkreten Fällen Stellung. Dennoch konnten in Hinblick auf die kommunalen Einbürgerungsverfahren generelle Kriterien abgeleitet werden. Der Ball

liegt nun bei den Kantonen, welche im Rahmen der gesetzlich festgelegten Aufsichtsfunktion über die Gemeinden in Einbürgerungsfragen verpflichtet sind, ein verfassungskonformes Verfahren sicherzustellen.

Von den Bundesgerichtsurteilen sind insbesondere jene **Kantone** betroffen, in welchen bisher Gemeinden an der Urne über Einbürgerungsgesuche entschieden haben. Zum Zeitpunkt der Bundesgerichtsentscheide traf dies in den Kantonen St. Gallen, Schwyz, Glarus, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Luzern, Nidwalden und Graubünden zu.

Während der Kanton St. Gallen es vorerst bei Empfehlungen belies, erliessen die Kantone Schwyz, Appenzell Ausserrhoden, Glarus und Nidwalden detaillierte **Übergangsregelungen**. Die Luzerner Kantonsregierung verfügte, dass Emmen, Malters und Weggis Einbürgerungen fortan nicht mehr an der Urne sondern durch die Gemeindeversammlung oder durch die kommunale Exekutive vornehmen sollten. Dies veranlasste die Luzerner Gemeinde Emmen, ein juristisches Gutachten erstellen zu lassen. Dieses kam zum Schluss, dass der Kanton den betroffenen Gemeinden das Einbürgerungsverfahren nicht hätte vorschreiben dürfen. Bis zur Klärung der Situation gilt in Emmen nun ein Einbürgerungs-Moratorium. Die Schwyzer Verordnung wurde beim kantonalen Verwaltungsgericht und mit Stimmrechtsbeschwerde beim Bundesgericht angefochten. Im Kanton Glarus reichte die Gemeinde Schwanden beim kantonalen Verwaltungsgericht Beschwerde ein. In Graubünden ergriff der Kanton bislang keine speziellen Massnahmen. Geplant ist eine Gesetzesrevision, die allerdings frühestens in einigen Jahren in Kraft treten wird. Die Bürgergemeinde Chur bürgert seit den Bundesgerichtsentscheiden nur noch Gesuchstellende ein, die einen Anspruch auf Einbürgerung geltend machen können, d.h. Personen, die seit 15, 16 bzw. 20 Jahren in der Gemeinde wohnhaft sind. In Bezug auf Gesuche ohne Anspruch hat die Bürgergemeinde ein Moratorium verhängt. Neue Gesuche von Gesuchstellenden ohne Anspruch werden einstweilen nicht mehr entgegengenommen. In Appenzell Innerhoden wurden die Urnenentscheide im Bezirk Oberegg sistiert. Bezirk und Kanton arbeiten an einer verfassungskonformen Lösung. Kantone, in welchen auf Gemeindeebene Versammlungsentscheide üblich sind, trafen zum Teil vorbeugende Massnahmen.

**BUNDESGERICHT:
URNENENTSCHEIDE ZU
EINBÜRGERUNG SIND
VERFASSUNGSWIDRIG**

Als Folge der Bundesgerichtsurteile standen in den Kantonen Nidwalden, Schwyz, Thurgau, Solothurn, Glarus, Luzern und Aargau **Standesinitiativen** zur Diskussion. In den Kantonen Luzern und Aargau wurden solche sogleich beschlossen. Ziel der Luzerner Initiative ist es, Einbürgerungsentscheide durch Gemeindeversammlungen und Gemeindeparlamente weiterhin zu ermöglichen. Die Aargauer und die Glarner Initiative zielen auf eine Änderung der Bundesverfassung: Die Stimmberechtigten jeder Gemeinde sollen in der Gemeindeordnung autonom festlegen können, welches Organ das Gemeindebürgerrecht erteilt. Der Entscheid dieses Organs soll endgültig sein. Auch im Kanton Nidwalden wurde eine entsprechende Motion eingereicht. Diese wurde jedoch mit der Begründung zurückgewiesen, dass auf Bundesebene bereits entsprechende Anregungen gemacht worden seien.

Ähnliche Forderungen vertreten auch **zwei parlamentarische Initiativen**. Nach jener von Thomas Pfisterer (FDP, AG) soll das Selbstbestimmungsrecht der Kantone und Gemeinden in Bezug auf das kantonale und kommunale Bürgerrechtsverfahren im Bürgerrechtsgesetz festgeschrieben werden. Der Vorstoss verlangt, dass die Kantone selber entscheiden können, ob Einbürgerungen durch die Gemeindeversammlung, an

aspekte

der Urne oder durch eine Behörde vorgenommen werden. In den Kantonen soll jedoch ein Rechtsmittel eingeführt werden. Das Bundesgericht soll nur Beschwerden wegen Verletzung verfassungsmässiger Garantien prüfen können. Die Initiative Pfisterer wurde vom Ständerat als erheblich erklärt. Die parlamentarische Initiative von Rudolf Joder (SVP, BE) geht noch weiter und verlangt, dass die Gemeinden und Kantone bei Einbürgerungen eigenständig das zuständige Organ und das entsprechende Verfahren festlegen und abschliessend entscheiden können. Damit würde eine einheitliche Überprüfung des Einbürgerungsverfahrens durch kantonale oder kommunale Gerichte ausgeschlossen.

Die SVP Schweiz kündigte im Anschluss an die Bundesgerichtsentscheide sogleich eine **eidgenössische Volksinitiative** an. Mit dieser soll eine Verfassungsänderung bewirkt werden, welche die Rechtssprechung des Bundesgerichts rückgängig machen soll. Der Start der Unterschriftensammlung wurde auf 2004 verschoben.

Im Rahmen der Beratungen zum neuen **Bundesrechtspflegegesetz** schlug die Rechtskommission des Ständerats der kleinen Kammer vor, den Zugang zum Bundesgericht für Einbürgerungsfragen generell auszuschliessen. In Zusammenhang mit Artikel 78 des Bundesrechtspflegegesetzes (OG) wurde im Ständerat ein Ausnahmekatalog diskutiert, welcher den Zugang zum Bundesgericht einschränkt. Die Rechtskommission des Ständerates beantragte im Vorfeld der Debatte, die ordentliche Einbürgerung in den Ausnahmekatalog aufzunehmen. Der Ständerat folgte der Rechtskommission im Grundsatz, stimmte aber dem Minderheitsantrag Dettling zu, wonach der Weg ans Bundesgericht immer dann offen zu halten sei, wenn es «offensichtlich Anhaltspunkte» dafür gebe, dass mit dem angefochtenen Entscheid ein verfassungsmässiges Recht verletzt sei. Bei einer Verweigerung von Verfahrensgarantien und bei klaren Indizien für eine Verfassungsverletzung soll das Bundesgericht jedoch angerufen werden können. Grundsätzlich seien jedoch die kantonalen Gerichte für solche Fälle zuständig. Die Diskussion rund um die Bundesrechtspflege ist noch nicht abgeschlossen.

Bilaterale II: Schengen/Dublin

Seit dem Erreichen des Etappenziels im Sommer 2003, als sich die Schweiz mit ihrer Forderung nach dem Grundsatz einer Quellenbesteuerung gegen denjenigen der EU nach einem Informationsaustausch durchsetzen konnte, sind die Verhandlungen nicht vom Fleck gekommen. Offene Fragen bestehen vor allem im Dossier Schengen/Dublin bezüglich Rechtshilfe. Die Schweiz wehrt sich aus denselben Motiven wie im Zinsdossier (Wahrung des Bankgeheimnisses) gegen weitergehende Forderungen von Seiten der EU.

Zu Beginn des Jahres 2003 ist das elektronische Erfassungssystem EURODAC in Betrieb genommen worden. Es soll die Umsetzung des Dubliner Abkommens gewährleisten, welches vorsieht, dass Asylsuchende innerhalb des Dublin-Raumes nur noch ein einziges Asylgesuch stellen können. Erste Erfahrungen zeigen, dass Zweitanträge in der Schweiz, welche heute nach Schätzungen bei 20 bis 30 Prozent liegen, noch zunehmen werden. Das Dubliner Abkommen ist in der Schweiz wenig umstritten. Gegnerschaft erwächst dem Vertragswerk Schengen/Dublin insbesondere aufgrund des im Schengen-Abkommen vorgesehenen Abbaus der Grenzkontrollen. Rechtsstehende politische Kräfte haben bereits ein Referendum angekündigt, welches die Bilateralen II gesamthaft gefährden würde.

SCHWIERIGE
VERHANDLUNGEN
DER SCHWEIZ
MIT DER EU

Verhandlungen im Vorfeld der EU-Osterweiterung

Mitte Juli 2003 haben die Verhandlungen zur Ausdehnung des bilateralen Personenfreizügigkeitsabkommens auf die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten begonnen. Die Resultate der Verhandlungen werden einen Einfluss auf eine allfällige Volksabstimmung haben – die AUNS hat bereits ein Referendum in Aussicht gestellt. Dies könnte deshalb von Brisanz sein, weil ein Scheitern des Erweiterungsabkommens zu einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens mit der EU führen könnte, welches aufgrund der so genannten Guillotine-Klausel auch die automatische Kündigung aller anderen sektoriellen Abkommen von 1999 zur Folge hätte.

Wechsel an der Spitze des EJPD

Das eingangs beschriebene Stimmungsbild einer polarisierten Gesellschaft hinsichtlich integrationspolitischer Fragen hat konkrete Auswirkungen auf die Wahlen des nationalen Parlaments gezeitigt. Dies wiederum hat für die Bundesratswahlen Folgen gehabt. Mit der Nichtbestätigung von Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold haben jene Kräfte die Oberhand gewonnen, die einer offeneren Haltung in der Integrations- und Migrationspolitik äusserst skeptisch gegenüber stehen. Die EKA hat mit Bedauern von dieser Nicht-Wahl Kenntnis genommen, denn sie hat damit auch eine wichtige Verfechterin einer Politik der Öffnung in Sachen Einbürgerung und Integration verloren. Wie sich ihr Nachfolger an der Spitze des Departements, Christoph Blocher, positionieren wird, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden.

Integrationsbemühungen bei Kantonen und Gemeinden

Das Jahr 2003 war durch eine erfreuliche Verstärkung der Aktivitäten in den Kantonen und Gemeinden gekennzeichnet. Sozusagen als Auftakt zu dieser Weiterentwicklung wurde zu Beginn des Jahres, am 13. Februar in Wil SG, die «Schweizerische Konferenz der kommunalen, regionalen und kantonalen Integrationsdelegierten» gegründet. Die Konferenz mit dem Kürzel KID verfolgt das Ziel, die interregionale Zusammenarbeit der Delegierten zu intensivieren und den Informations- und Erfahrungsaustausch zwischen den Landesgegenden zu verbessern. Präsident der Konferenz ist Beda Meier, Leiter der Koordinationsstelle für Integration des Kantons St. Gallen, Vizepräsident ist Oliver Freeman, préposé au Bureau lausannois des immigrés.

Die Zahl der kommunalen und kantonalen Delegierten ist auch im Berichtsjahr angewachsen: Insgesamt gibt es 16 kantonale und 10 kommunale Delegierte. Neu dazugekommen sind die Delegierten der Kantone Bern und Zürich sowie der Städte Biel und Baden. Vermehrte Aktivitäten in den Gemeinden sind auch im Kanton

Waadt zu verzeichnen. Neben Lausanne, Renens, Morges, Vevey und Yverdon verfügt nun auch Moudon über eine Kommission «Suisse-étrangers», die den Dialog zwischen der einheimischen und zugewanderten Bevölkerung vorantreiben will. Des Weiteren ist neu auch im Zürcher Oberland eine Fachstelle Integration eröffnet worden.

**INTEGRATIONSARBEIT
GEWINNT AN
BEDEUTUNG**

In praktisch allen Landesteilen der Schweiz hat die Integrationsarbeit an Bedeutung gewonnen. Dies drückt sich auch dadurch aus, dass verschiedenste Projekte unter der Beteiligung sowohl der Zugewanderten wie auch der einheimischen Bevölkerung zustande gekommen sind. Ein Blick auf die durch den Bund finanziell mitgetragenen Projekte (vgl. Kapitel Integrationsförderung) zeigt eine beeindruckende Vielfalt von Initiativen und Aktivitäten.

Von zentraler Bedeutung sind jedoch auch jene Entwicklungen, die nicht allein unter dem Aspekt «Projektvorhaben» abgebuht werden können. Im Folgenden

aspekte

sind beispielhaft für die facettenreiche Arbeit in Gemeinden, Städten und Kantonen einige Aktivitäten herausgegriffen, die stellvertretend für andere stehen.

Im Kanton St. Gallen wurde ein Vorschlag aus dem Jubiläums-Festspiel zum 200-jährigen Bestehen des Kantons in der Eidgenossenschaft aufgenommen, Ausländerräte einzurichten. Unter dem Motto «Integration ist gut, Partizipation ist besser – nur mitwirkende Ausländer helfen, den Kanton in Schwung zu bringen» wurde die Partizipation von Zugewanderten zum öffentlichen Thema gemacht. Als bescheidener Anfang wurde eine gemeinsame Plattform für die vielen Ausländervereine angeregt, die anlässlich einer Impulstagung im Jahr 2004 lanciert werden wird.

«Die Kommunikationskanäle zwischen den Behörden und den Bürgern reinigen» – das hat sich die Stadt Bern mit Blick auf eine verbesserte Informationspolitik auch für Zugewanderte zum Ziel gesetzt. Die «Reinigungsmassnahmen» sehen vor, dass generell die von der Stadt zur Verfügung gestellten Informationen in einer verständlicheren Sprache gehalten werden und die Begrüssungsdokumentation für Neuzuzüger entsprechend überarbeitet wird.

Ebenfalls auf Information setzte die Kampagne der beiden Basel. Unter dem Titel «Tatsachen statt Vorurteile» warb die Kampagne anhand von eingängigen Slogans für mehr Verständnis zwischen unterschiedlichen Lebensformen.

Ein Ereignis der besonderen Art war die Durchführung des ersten Parlaments von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Aargau. Auch hier gab das 200-Jahr-Jubiläum des Kantons zum Beitritt in die Eidgenossenschaft den Anstoss, sich über die Präsenz der Zugewanderten im Kanton Gedanken zu machen und den aargauischen Ausländerinnen und Ausländern eine Plattform zu bieten, ihre Anliegen zu formulieren und zu einem öffentlichen Thema zu machen.

Im Kanton Genf und in der Gemeinde Emmen, die wegen der negativen Einbürgerungsentscheide an der Urne in die Schlagzeilen geriet, sind die Behörden den Bedürfnissen von muslimischen Gemeinschaften nach Gebetsräumen bzw. separaten Grabfeldern entgegengekommen. Die Stadt Genf, die sich bisher der Einrichtung von separaten Grabfeldern für verstorbene Muslime auf städtischen Friedhöfen widersetzt hat, will in Diskussion mit den Betroffenen nach einer Kompromisslösung suchen. Auch für Muslime in der Gemeinde Emmen zeichnen sich entspanntere Zeiten ab. In einem ehemaligen Kinosaal wird die grösste Moschee der Inner-schweiz errichtet.

IN BÜNDNER
GEMEINDEN KÖNNEN
KÜNFTIG AUCH
ZUGEWANDERTE
STIMMEN UND WÄHLEN

Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer

In mehreren Kantonen werden neue Verfassungen ausgearbeitet. Und fast überall sind dabei die politischen Rechte für Ausländerinnen und Ausländer zumindest ein Thema. Im Kanton Genf soll das Thema dank neuer Initiativen auf die politische Agenda kommen.

Der Kanton Graubünden erhält eine neue Kantonsverfassung, in welcher auch die Volksrechte neu geregelt sind. Ab 1.1. 2004 können die Gemeinden Ausländerinnen und Ausländern das Stimmrecht sowie das aktive und passive Wahlrecht in Gemeindeangelegenheiten erteilen. Die Stadt Chur hat in ihrem Entwurf für eine neue Stadtverfassung von dieser Möglichkeit bereits Gebrauch gemacht. Andere Gemeinden werden folgen.

Niederlassungsberechtigte Ausländerinnen und Ausländer sollen in ihrer Wohnsitzgemeinde stimmen und wählen dürfen, wenn sie seit mindestens fünf Jahren im Kanton Freiburg Wohnsitz haben. Dies sieht der kantonale Verfassungsentwurf von 2003 vor.

Ebenfalls erwähnt sind politische Rechte für Personen, welche die Kriterien für eine Einbürgerung erfüllen würden, im ersten Verfassungsentwurf des Kantons Basel-Stadt.

Im Kanton Zürich hatte eine Neuregelung der Volksrechte keine Chance. Der Kantonsrat lehnte einen Antrag auf Einführung des passiven Wahlrechts auf Gemeindeebene mit 93 zu 60 Stimmen ab.

Der Berner Grosse Rat stimmte im Juni einem Bericht der Regierung zu (mit 103 gegen 74 Stimmen), welcher den Gemeinden die Einführung des Ausländerstimmrechts erlauben würde. Als Bedingungen werden zehn Jahre Wohnsitzfrist in der Schweiz, davon fünf Jahre im Kanton Bern, genannt. Im Rahmen der Verfassungs- und Gesetzdebatte – und schliesslich in der Volksabstimmung muss sich dieser Grundsatz aber noch bewähren.

Der Kanton Waadt hat 2002 in der neuen Verfassung das Stimmrecht und Wahlrecht auf kommunaler Ebene eingeführt. Zur ersten Abstimmung konnten die Ausländerinnen und Ausländer aber 2003 wegen Schwierigkeiten im Stimmregister noch nicht aufgeboten werden. Zudem wollte die "La Ligue vaudoise" mit einer neuen Initiative das Stimmrecht wieder aus der Verfassung kippen. Ende 2003 waren die nötigen Unterschriften noch nicht beisammen.

Die Genfer Vereinigung «J'y vis, j'y vote» hat im Juli einen weiteren Versuch unternommen (nach 1993 und 2001), das Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene einzuführen. Sie reichte zwei Schwester-Initiativen ein, die eine zur Einführung des aktiven Stimm- und Wahlrechts, die andere für die vollen politischen Rechte, also auch für das passive Wahlrecht. Voraussetzung dafür wären ein Wohnsitz von acht Jahren in der Schweiz und eine Niederlassung von mindestens drei Monaten in der betreffenden Genfer Gemeinde.

Übersicht Politische Rechte (Ende 2003)	
Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kantonaler Ebene	JU, NE
Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene (in allen Gemeinden).	JU, NE, VD
Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene (wenn die Gemeinde dies beschliesst).	AR, GR
Wählbar sind sie (teilweise mit Einschränkungen) in den Gemeinden der Kantone	AR, GR, JU, NE, VD

aspekte

Sans Papiers

Das Thema der «Sans Papiers» hat auch in diesem Jahr verschiedentlich Anlass zu Diskussionen gegeben, auch wenn es nicht mehr so hohe Wellen schlug wie in den Jahren zuvor. Zu reden gegeben hat insbesondere der Antrag eines Unterstützungskollektivs aus dem Kanton Genf um Regularisierung von nahezu 2'800 Sans Papiers. Ebenfalls für Aufsehen sorgte der Entscheid des Regierungsrats im Kanton Waadt, keine Rückschaffungen von abgewiesenen Asylsuchenden zu vollziehen.

Auf der Ebene der Bundesbehörden wird weiterhin die Prüfung von Härtefällen aufgrund des «Rundschreibens Metzler» vorgenommen. Seit September 2001 bis Mitte Januar 2004 wurden von 17 Kantonen 874 Dossiers (2244 Personen) beim IMES oder beim BFF eingereicht. Für 665 Personen konnte eine positive Regelung getroffen werden; bei 264 Personen wurde das Begehren abgelehnt oder nicht darauf eingetreten, und für 1315 Personen ist der Entscheid noch pendent.

Nach wie vor scheinen sich jedoch keine allseits befriedigenden Lösungen abzuzeichnen. Im November hat sich Caritas Schweiz mit einer Studie über die Praxis in andern europäischen Ländern in die öffentliche Diskussion eingeschaltet und eine Regularisierung vorgeschlagen, bei welcher lediglich drei Kriterien zum Tragen kommen sollen: vier Jahre Aufenthalt in der Schweiz, keine Straffälligkeit und Nachweis der wirtschaftlichen Unabhängigkeit. Die Bundesbehörden beurteilten den Vorschlag als chancenlos.

Ein Vorstoss von Nationalrätin Anne-Catherine Ménétrety-Savary (Grüne, GE) versuchte den Bundesrat dazu zu bewegen, auf nationaler Ebene eine Anlaufstelle für Sans Papiers einzurichten, welche es ermöglichen sollte, dass Personen ihren illegalen Aufenthaltsstatus über eine zentrale Instanz regularisieren könnten. Der Bundesrat lehnte diesen Vorschlag mit der Begründung ab, dass der Bund die Kantone regelmässig darauf aufmerksam machen würde, dass eine grundsätzliche Harmonisierung anzustreben sei, bekräftigte jedoch die Anerkennung der Hoheit der Kantone. Er nahm allerdings zur Kenntnis, dass die EKA in Zusammenarbeit mit der Plattform der Sans Papiers eine entsprechend angelegte Ad-hoc-Initiative aufgreifen werde.

Forschungsergebnisse zu integrations- und migrationspezifischen Fragen

Das nationale Forschungsprogramm NFP 39 zu «Migration und interkulturellen Beziehungen» wurde an einer offiziellen Abschlussveranstaltung im Januar zu Ende geführt. Im Rahmen des Programms wurden zahlreiche Forschungsprojekte durchgeführt, die sich den verschiedensten Aspekten der multikulturellen Gesellschaft Schweiz widmeten. Die wichtigsten Ergebnisse wurden in einer umfangreichen Artikelsammlung unter dem Titel «Migration und die Schweiz» präsentiert. Die Themen umfassen das gesamte Spektrum sozialwissenschaftlicher Forschung: die historische Einordnung der schweizerischen Immigrationspolitik, die Thematisierung von Grundrechten und Staatsbürgerschaftsmodellen im Lichte einer sich verändernden Gesellschaft, die soziologische und ethnologische Analyse zu Prozessen von Segregation und gesellschaftlicher Differenzierung, die Untersuchung von Fragen der Ungleichheit und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sowie vertiefende Betrachtungen in den Bereichen Bildung und Gesundheit. Die Publikation der Einzelstudien ist im Laufe des Jahres 2004 vorgesehen.

PARADIGMENWECHSEL
IN DER
WARHNEHMUNG
DES «FREMDEN»

Als analytische Klammer der einzelnen Studien spricht Hans-Rudolf Wicker in der Einleitung von einem Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung der «Fremden»: Während in den sechziger und siebziger Jahren von Ausländerpolitik mit Blick auf die «Gastarbeiter», die irgend wann mal in ihre Herkunftsländer zurückkehren, gesprochen wird, geht es ab Mitte der neunziger Jahre um Integrationspolitik und die Frage, wer die erwünschten Zugewanderten sind, die man integrieren will.

Stellungnahmen von Akteuren auf nationaler Ebene zu integrationsspezifischen Themenbereichen

Fragen der Integration werden von verschiedensten Akteuren der Zivilgesellschaft aufgegriffen und in die jeweils interessierenden Zusammenhänge gestellt. Nachdem 2002 die Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen sich speziell dem Thema von jugendgerechter Integrationspolitik gewidmet hatte, setzte sich 2003 die Eidgenössische Koordinationskommission für Familienfragen EKFF mit der Lage der Migrationsfamilien auseinander. Die EKFF verabschiedete eine Reihe von Empfehlungen, die insbesondere den spezifischen Bedürfnissen von Familien im Migrationskontext Rechnung tragen sollten.

Auch die Kommission gegen Rassismus griff 2003 Fragen auf, die unter anderem die Integration von Migrantinnen und Migranten betreffen. In einer Studie zum Verhältnis von Staat und Religion in der Schweiz wurde die staatliche Anerkennung von Religionsgemeinschaften, die erst mit der Zuwanderung von Menschen ausländischer Herkunft an Bedeutung gewonnen haben, thematisiert.

Des Weiteren publizierte die Fachstelle für Rassismusbekämpfung eine Studie zur Diskriminierung in der Arbeitswelt, welche unter anderem auch die Frage der Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten behandelte. Die Studie kommt zum Schluss, dass ein nicht unerheblicher Teil von Diskriminierungen aufgrund der Nationalität und Herkunft der Betroffenen erfolgt.

Demografische Entwicklungen in der Schweiz

Die statistischen Erhebungen über die demografischen Entwicklungen bestätigen, dass die Schweiz pluralistischer geworden ist. Das Nationalitätenspektrum ist breiter geworden, und gegenwärtig stammen nur mehr gut die Hälfte aller in der Schweiz wohnhaften Ausländerinnen und Ausländer aus EU-Staaten. Nach wie vor repräsentieren die Italienerinnen und Italiener mit über 300'000 Personen die grösste Gruppe ausländischer Staatsangehöriger, gefolgt von Angehörigen aus den fünf Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens mit gut 200'000 Personen. Eine besondere Bedeutung kommt der Rückwanderung ausländischer Staatsangehöriger zu, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus dauerhaft oder längerfristig in der Schweiz leben könnten. Auf 1'000 Einwanderungen entfielen mehr als 500 Rückwanderungen.

**KEIN «ANSTURM»
TROTZ
FREIZÜGIGKEITS-
ABKOMMEN**

Im Zuge der Personenfreizügigkeit zeichnet sich ein neues Phänomen ab: In Zunahme begriffen sind Einwanderungen aus Deutschland, Portugal, Frankreich und Österreich, währenddem diejenigen aus Italien und Spanien rückläufig waren. Allerdings ist der im Vorfeld des Abschlusses der Bilateralen Verträge befürchtete grosse «Ansturm» ausgeblieben.

aspekte

Eine Besonderheit der Bevölkerung ausländischer Herkunft ist deren überwiegend langjährige Aufenthaltsdauer in der Schweiz. Nahezu ein Viertel aller Personen ohne Schweizer Pass ist in der Schweiz geboren und gehört damit zur zweiten und dritten Generation. Mehr als ein Drittel aller im Ausland Geborenen hält sich seit mindestens 15 Jahren in der Schweiz auf, gut 16% sogar seit mindestens 30 Jahren. Auch im Bereich binationaler Eheschliessungen hält der Aufwärtstrend an.

Bei den Einbürgerungen ist eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Im europäischen Vergleich ist die Einbürgerungsrate mit 2.35% allerdings immer noch sehr tief. Trotz den restriktiven Einbürgerungsbestimmungen könnten heute schätzungsweise um die 750'000 Ausländerinnen und Ausländer das Schweizer Bürgerrecht erwerben. Die Zugehörigkeit zu einem EU-Staat, das Verbot der Doppelbürgerschaft einzelner Herkunftsländer und die teilweise hohen Anforderungen halten jedoch zahlreiche ausländische Staatsangehörige davon ab, sich um den Erwerb des Schweizer Bürgerrechts zu bemühen.

Ständige ausländische Wohnbevölkerung 2003

Ausländergruppe Groupe d'étrangers	Bestand / Effectif		Veränderung zum Vorjahr Différence par rapport à l'année précédente	
	Absolut Ch. absolu	In % En %	Absolut Ch. absolu	In % En %
Total	1'471'033	100.0	23'721	1.6
EU/EFTA / UE/AELE	830'486	56.5	14'334	1.8
Übrige / Autres	640'547	43.5	9'387	1.5
Kurzaufenthalter/-innen >=12 Monate Titulaires d'un permis de courte durée >=12 mois	13'165	0.9	4'314	48.7
Aufenthalter/-innen Titulaires d'un permis de séjour	370'829	25.2	14'410	4.0
Niedergelassene Etablis	1'087'039	73.9	4'997	0.5
Ausländeranteil in % Proportion des étrangers en %		20.1		1.6

Quelle: Jahresstatistik 2003 des IMES zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

In der Schweiz oder im Ausland geboren und nach Aufenthaltsdauer

Bestand Effectif	Total	CH geboren Nés en Suisse	Im Ausland geboren / Nés à l'étranger			
			Total	< 8 Jahre Années	>= 8 Jahre Années	>= 20 Jahre Années
Total	1'471'033	346'220	1'124'813	394'332	730'481	302'030
EU/EFTA / UE/AELE	830'486	211'652	618'834	194'908	423'926	246'595
Übrige / Autres	640'547	134'568	505'979	199'424	306'555	55'435

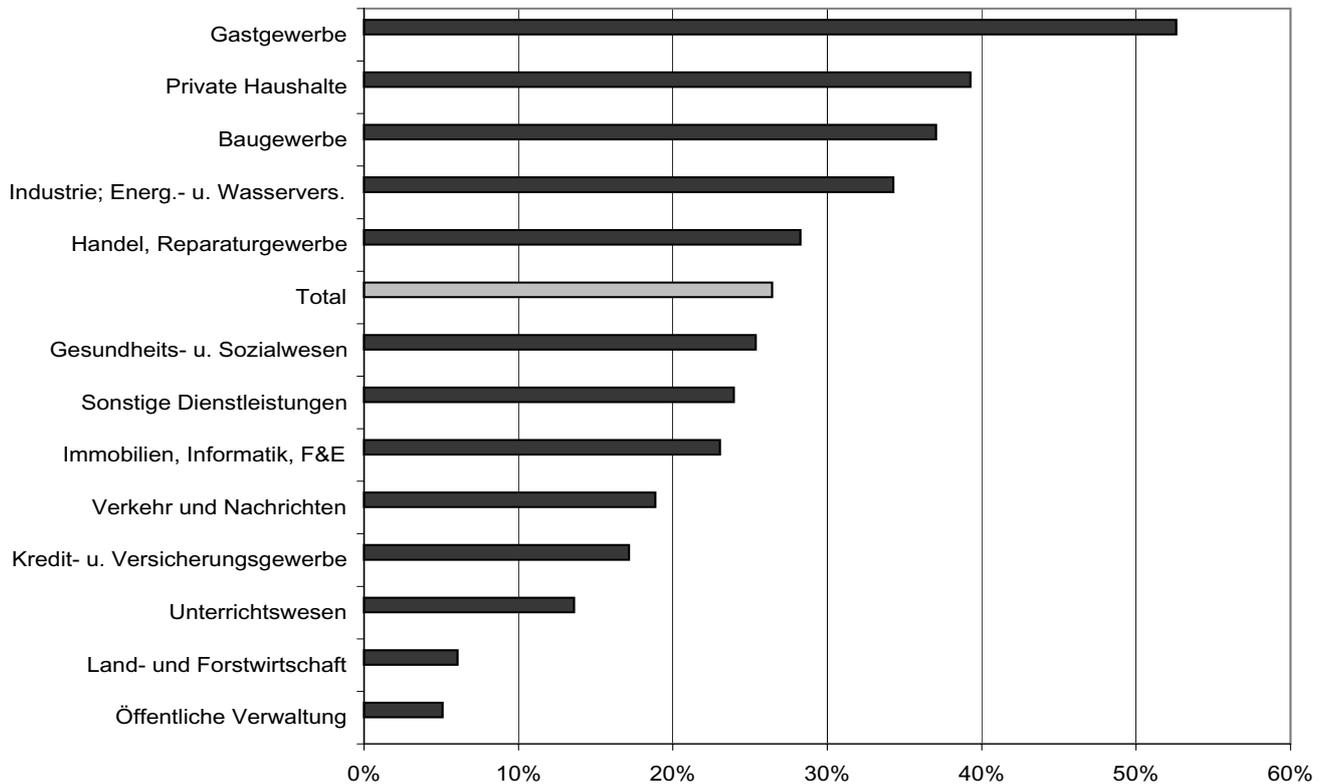
Quelle: Jahresstatistik 2003 des IMES zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

Ausländische Wohnbevölkerung: Top-Ten nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit Nationalité	Bestand / Effectif	
	Absolut Ch. absolu	In % En %
Italien / Italie	303'770	20.7
Serbien und Montenegro / Serbie et Monténégro	199'756	13.6
Portugal	149'839	10.2
Deutschland / Allemagne	133'636	9.1
Türkei / Turquie	77'671	5.3
Spanien / Espagne	76'773	5.2
Frankreich / France	65'006	4.4
Mazedonien / Macédoine	60'545	4.1
Bosnien-Herzegowina / Bosnie-Herzégovine	45'434	3.1
Kroatien / Croatie	42'698	2.9
Übrige / Autres	315'905	21.4

Quelle: Jahresstatistik 2003 des IMES zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

Anteil des von ausländischen Erwerbstätigen erbrachten Arbeitsvolumens (in %) nach Wirtschaftsbereichen, 2001



Quelle: terra cognita 3

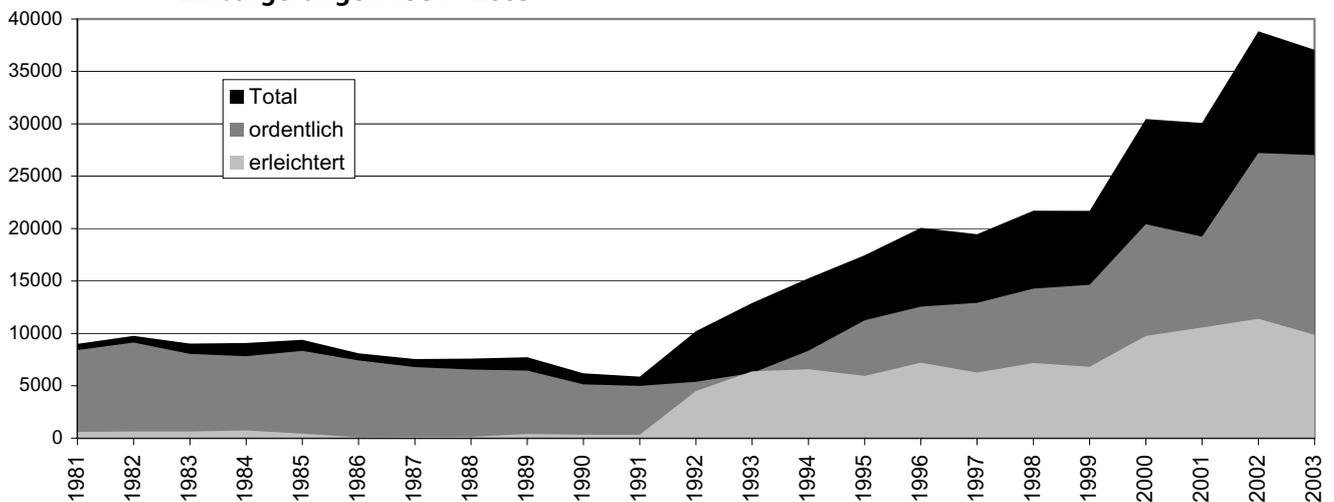
aspekte

Erwerb des Schweizer Bürgerrechts: Top-Ten nach Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit Nationalité	Einbürgerungen / Naturalisations					
	Total ⁵		ordentliche / ordinaires		erleichterte / facilitées	
	2002	2003	2002	2003	2002	2003
Serbien+Montenegro Serbie+Monténégro	5'790	6'316	5'390	5'994	400	322
Italien Italie	7'013	5'357	5'163	3'874	1'843	1'478
Türkei Turquie	4'132	4'212	3'915	4'006	216	206
Frankreich France	2'835	2'334	670	647	2'079	1'609
Bosnien-Herzegowina Bosnie-Herzégovine	1'858	2'268	1'742	2'157	116	111
Mazedonien Macédoine	1'638	1'795	1'596	1'734	42	61
Kroatien Croatie	1'638	1'560	1'504	1'456	134	104
Portugal	907	1'153	673	971	234	182
Sri Lanka	1'125	1'138	1'080	1'095	45	43
Spanien Espagne	708	814	535	603	173	211
Übrige Staaten Autres Etats	11'189	10'123	4'948	4'478	6'118	5'538
Total	38'833	37'070	27'216	27'015	11'400	9'865

Quelle: Jahresstatistik 2003 des IMES zur ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

Einbürgerungen 1981 - 2003



Quelle: terra cognita 4

aktivitäten

2003 ging auch für die Eidgenössische Ausländerkommission eine Legislatur zu Ende. Sie traf sich zu den ordentlichen Sitzungen im Januar, Mai und September sowie zu einer ausserordentlichen Plenarsitzung im April zur Beratung der neuen Prioritätenordnung 2004-2007 des Integrationsförderungsprogramms des Bundes.

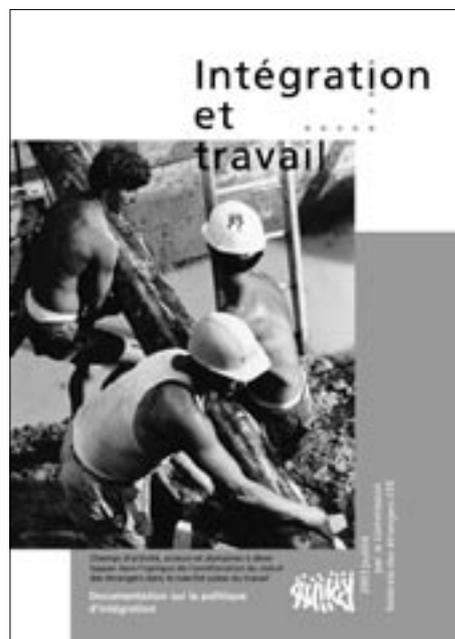
Jahresthema 2003

2003 hat die EKA erstmals mit einem Jahresthema gearbeitet. Der von der Kommission im Vorjahr in Auftrag gegebene, umfangreiche Bericht «Integration und Arbeit» stellt die Situation der Migrantinnen und Migranten auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt dar, listet die Problemfelder beim Zugang zum Arbeitsmarkt auf und nennt mögliche Interventionsbereiche und Massnahmen. Der Bericht bildete die Grundlage für die Beratungen in der Kommission. An der zweitägigen Sitzung im Mai nahm die Gesamtkommission dazu Stellung und setzte erste Schwerpunkte für die Empfehlungen, die dann nach Beratung im politischen Ausschuss in der Septembersitzung verabschiedet wurden. An der Nationalen Tagung «Integration durch Arbeit?» wurden die Empfehlungen im November veröffentlicht. In Kontakten mit verschiedenen Akteuren (Sozialpartner, Bildungsinstitutionen, Berufsbildungsämter, RAVs etc.) will die Kommission über das Jahr 2003 hinaus zur Verbesserung der Integration von Zugewanderten auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt beitragen.

Ergänzend zu der Kernarbeit der Kommission wurden vom EKA-Sekretariat verschiedene Publikationen herausgegeben: der Bericht «Integration und Arbeit», die Empfehlungen der EKA sowie die Nr. 3 der hauseigenen Zeitschrift terra cognita (Details weiter unten).

In ihren **Empfehlungen** ruft die EKA zur Beachtung von zwei wichtigen Grundsätzen auf: zur Gleichbehandlung schweizerischer und ausländischer Arbeitskräfte und zur Chancengleichheit und Nichtdiskriminierung bei der Ausbildung und im Berufsleben.

Im Bereich Berufseinstieg empfiehlt die Kommission insbesondere Mentoring- und Coaching-Programme für Jugendliche mit Migrationshintergrund. Die individuelle Begleitung von jungen Menschen mit Schwierigkeiten hat sich bewährt. Schul- und Erziehungsdirektionen sowie die Berufsbildungsämter könnten vermehrt solche niederschweligen Fördermassnahmen anbieten. Aber auch das Nachholen der Grundausbildung sollte erleichtert werden. Das Nachholen einer solchen Bildung ist vor allem für Jugendliche mit Lernschwierigkeiten oder für (junge) Erwachsene, die im Jugendlichenalter in die Schweiz gekommen sind, eine Chance, sich im Hinblick auf eine berufliche Tätigkeit zu qualifizieren. Brückenangebote und Motivationssemester sowohl auf Sekundarstufe I wie auf Sekundarstufe II können dazu einen wichtigen Beitrag leisten.



aktivitäten

Im Handlungsfeld «Individuelle Qualifikationen fördern und die Stellensuche erleichtern» spricht sich die EKA für eine berufsorientierte Sprachförderung und die Anerkennung der Mehrsprachigkeit aus. Die Sozialpartner werden aufgefordert, Gesamtarbeitsverträge zu realisieren bzw. bereits bestehende zu ergänzen, die der Sprachförderung Rechnung tragen. Ferner sind Vorgesetzte aufgefordert, die Mehrsprachigkeit als bedeutende Ressource anzuerkennen. Bei der Besetzung von Stellen und Lehrstellen müssen Bewerberinnen und Bewerber ungeachtet der Herkunft und der Nationalität chancengleich behandelt werden. Jüngste Untersuchungen zeigen, dass die Angehörigen bestimmter Nationalitäten bei der Bewerbung diskriminiert werden. Personalverantwortliche und Vorgesetzte sollen bei der Personalauswahl konsequent das Gebot der Chancengleichheit beachten.

Um die Integration im Betrieb zu fördern, ruft die EKA dazu auf, Betriebskulturen des gegenseitigen Respekts entwickeln. Die Vielfalt soll als Chance, nicht als Bedrohung gesehen werden. Um Zugewanderten und Neueintretenden in einem Unternehmen den Einstieg zu erleichtern, eignen sich Patenschafts- und Mentoring-Programme. Den Arbeitgebern wird empfohlen, vermehrt solche Programme im Betrieb einzusetzen.

Politische Arbeit

Der politische Ausschuss unter der Leitung von EKA-Präsident Francis Matthey traf sich zu drei Sitzungen. Schwergewichtig wurden dabei die Jahresthemen 2003 (Integration und Arbeit) und 2004 (Integration und Habitat) beraten. Diskutiert wurden zudem aktuelle politische Fragestellungen wie eine mögliche nationale Ad-Hoc-Arbeitsgruppe Sans Papiers, fremdenfeindliche Tendenzen in Wahl- und Abstimmungskämpfen, die Bürgerrechtsrevision und diverse Vernehmlassungen.

Vernehmlassungen

Ein wichtiger Teil der Kommissionsarbeit ist in der **Verordnung über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern** (VintA) geregelt. Besonders aufmerksam haben darum das Präsidium und das Sekretariat die vorgeschlagenen Änderungen in dieser Verordnung geprüft. In einer ausführlichen Vernehmlassungstellungnahme weist die EKA auf ein zentrales integrationspolitisches Anliegen hin: Wie auch immer die Zulassungskriterien ausgestaltet sind – es müssen allen Personen, die sich in unserem Land rechtmässig aufhalten, weitest möglich die gleichen Rechte zugestanden werden. Was von EU-/EFTA-Bürgern und -Bürgerinnen nicht verlangt werden darf (z.B. die Verpflichtung zu einem Sprachkurs) sollte auch für Zugewanderte von sog. Drittstaaten nicht vorgeschrieben werden. Andererseits begrüsst die EKA den Grundsatz, dass hinsichtlich des Zugangs zu integrationsfördernden Massnahmen keine Unterscheidung mehr zwischen den diversen Kategorien von längerfristig angelegtem Aufenthaltsstatus gemacht wird. Aus der konkreten Erfahrung der Bearbeitung von Projektgesuchen des ersten Integrationsförderungsprogramms schlägt die Kommission in ihrer Stellungnahme auch weitere praktische Verbesserungen in der Handhabung vor. Zur bevorstehenden Revision der Verordnung über die Begrenzung der Zahl der Ausländer (BVO) nimmt die EKA folgendermassen Stellung: Grundsätzlich wird ein rascher Nachzug der Kinder begrüsst. Die Bestimmung, wonach der Anspruch innerhalb einer auf fünf Jahre bemessenen Frist geltend gemacht werden muss, kann aus integrationspolitischen Gründen als sachgerecht bezeichnet werden. Indessen müssten die Voraussetzungen des Familiennachzugs im Rahmen der Jahresaufenthaltsbewilligung («angemessene

aktivitäten

Wohnung, Unabhängigkeit von der Sozialhilfe») in der Praxis so gehandhabt werden, dass ein rascher Familiennachzug auch tatsächlich ermöglicht wird. Die Frist von fünf Jahren sei deshalb nicht stur anzuwenden.

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement hat im Februar 2003 den Entwurf eines **Bundesgesetzes über Massnahmen gegen Rassismus, Hooliganismus und Gewaltpropaganda** in Vernehmlassung gegeben. Die EKA begrüsst generell die Stossrichtung des geplanten Bundesgesetzes, Rassismus, Hooliganismus, Gewalt und entsprechende Propaganda stärker zu bekämpfen. Sie ruft dazu auf, die Bekämpfung dieser Gefahren schwergewichtig über präventive Massnahmen umzusetzen und sich nicht auf polizeiliche und strafrechtliche Massnahmen zu beschränken. Schliesslich warnt die EKA vor den Folgen einer undifferenzierten und pauschalisierenden Diskussion über Gewalt und Ausländer und ruft den Bundesrat dazu auf, bei der Umsetzung des geplanten Bundesgesetzes geeignete Massnahmen zu treffen, damit solche Voreingenommenheit nicht zum Tragen kommt.

Die Schaffung einer eidgenössischen **Ombudsstelle** wird von der EKA grundsätzlich begrüsst. Sie schlägt indes vor, dass diese neue Stelle sich in ihrer Arbeit insbesondere auf den Bereich des Menschenrechtsschutzes ausrichten sollte. Die neue Ombudsstelle könnte dabei weitgehend Aufgaben der vorgesehenen **Menschenrechtsinstitution** übernehmen. Damit erhielte die Ombudsstelle ein klares Profil und die geplante Menschenrechtsinstitution einen praktischen Aufgabenbereich. Im Sinne dieser klaren menschenrechtlichen Ausrichtung der Ombudsstelle müsste ihre Tätigkeit auch von der Maxime geleitet sein, den Zugang der ausländischen Bevölkerung der Schweiz zur Bundesverwaltung zu fördern und dem Gedanken der interkulturellen Öffnung der Bundesverwaltung Nachdruck zu verleihen.

Viele erfreuliche Verbesserungen für Zugewanderte hat die EKA in der neuen **Berufsbildungsverordnung** gefunden, z.B. die Lösung, dass künftig das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) für die Diplomanerkennung in der ganzen Schweiz verantwortlich sein soll. Die EKA regt an, auch qualifizierten Personen, welche über keine Bescheinigung ihrer Qualifikation verfügen, die Chance einzuräumen, ihre Qualifikationen anrechnen zu lassen. Im Sinne einer schweizweit einheitlichen Praxis sollte diese Anrechnung von im Ausland erworbenen Qualifikationen durch eine zentrale Stelle (BBT) gesteuert werden. Nur so sind einheitliche Standards gewährleistet. Gemäss Verordnungsentwurf sind die Berufsfachschulen dazu angehalten, Freikurse in Fremdsprachen zu ermöglichen. Die EKA legt Wert darauf, dass neben den Landessprachen und Englisch nach Bedarf auch weitere Migrationssprachen sowie insbesondere auch Deutsch/Französisch/Italienisch als Fremdsprache angeboten werden. Die EKA regt zudem an, dass in der Ausbildung zur Beratungstätigkeit dem bedeutenden Stellenwert der ausländischen Bevölkerung in der Schweizer Arbeitswelt Rechnung getragen und die interkulturelle Kompetenz als ein wichtiger zusätzlicher Aspekt in die Curricula aufgenommen wird. Im Lichte der Bedeutung von Migrantinnen und Migranten im Bereich der Berufsbildung regt die EKA an, dass in der neu zu schaffenden Kommission eine Vertretung der ausländischen Bevölkerung Einsitz nimmt.

Im Februar besuchte eine Delegation des **European Committee against Racism and Intolerance (ECRI)** die Schweiz und holte auch die Meinung der EKA zu Fragen der Diskriminierung und des Rassismus in der Schweiz ein. In ihrem Bericht zeigt sich das ECRI insbesondere besorgt darüber, dass bisher keine umfassenden zivil- und verwaltungsrechtlichen Vorschriften gegen Diskriminierung eingeführt wurden, dass es auf Bundes- und Kantonebene keine Stellen gibt, welche Beschwerden wegen

aktivitäten

Diskriminierung entgegennehmen und dass die Sozialcharta von der Schweiz noch immer nicht unterzeichnet wurde. Zudem würden in den Bereichen Wohnungswesen, Arbeitsmarkt und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen Diskriminierungsverbote fehlen. ECRI ruft die Behörden dringend auf, weitere Möglichkeiten einer Verbesserung des bestehenden Einbürgerungsverfahrens zu prüfen, um sicherzustellen, dass das Verfahren keinen Spielraum für diskriminierende und willkürliche Entscheidungen lässt. In dieser Beziehung hält ECRI es für erforderlich, dass Antragsteller die Rechtmässigkeit der Ablehnung ihres Antrags durch Volksentscheid oder durch die örtlichen Behörden überprüfen lassen können.

Einbürgerung

Mit grossem Interesse hat die EKA die Entscheide des Parlaments und des Bundesgerichts in Sachen Einbürgerung verfolgt (siehe Kapitel Aspekte). Nach den Bundesgerichtsurteilen hat sie in einem Aufruf die Gemeinden eingeladen, ihre Einbürgerungsverfahren zu überprüfen, und sie aufgefordert, künftig spezielle Kommissionen über Einbürgerungsgesuche entscheiden zu lassen oder diese Aufgabe der Exekutiv-Behörde zu übertragen. Die wegweisenden Urteile des Bundesgerichts würden die Chance bieten, die rechtsstaatlich notwendigen Anpassungen vorzunehmen. Dazu gehörten das rechtliche Gehör, ein faires Verfahren und das Recht auf Begründung des Entscheides.

Agglomerationspolitik

Die EKA wurde von der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) eingeladen, in der tripartiten technischen Arbeitsgruppe (TTA) «Ausländer- und Integrationspolitik», die am 18. September erstmals tagte, mitzuwirken. Zentrale Themen der Arbeitsgruppe sind ein Bericht über integrationshemmende Bestimmungen in der schweizerischen Rechtsordnung und die Vorbereitung der ersten nationalen Integrationskonferenz 2005.

Networking

Eine wichtige Aufgabe der Eidgenössischen Ausländerkommission ist die Vernetzung. Vor allem Präsident Francis Matthey und Vizepräsident Walter Schmid als Leiter der Projektausschusses sowie die Leiterin des Sekretariats Simone Prodoliet und der Koordinator Integrationsförderung Christof Meier werden zu Tagungen, Konferenzen und Hearings eingeladen. Als Beispiele seien hier nur vier herausgegriffen: die Teilnahme von Francis Matthey an der Jahreskonferenz der Vorsteher der kantonalen Migrationsämter (früher Fremdenpolizeichefs) in Arbon, das Referat von Walter Schmid an der Abschlussveranstaltung des Nationalen Forschungsprogramms 39 «Migration und interkulturelle Beziehungen» in Bern, das Hauptreferat von Simone Prodoliet an der «Denkwerkstatt Integration» des Kantons St. Gallen und der Workshop von IMES und EKA an der Metropolis-Konferenz in Wien.

Integrationsförderung

Das Beitragsjahr 2003 war das letzte des ersten Förderprogramms des Bundes. Dies bedeutete doppelte Arbeit im Bereich Integrationsförderung. Einerseits wurden 568 Finanzierungsgesuche geprüft, von denen 426 dem IMES (Bundesamt für Zuwanderung, Integration und Auswanderung) zur Genehmigung weitergeleitet wurden. Andererseits wurde in einem breit angelegten Verfahren die neue Prioritätenordnung 2004 – 2007 (Schwerpunkteprogramm) erarbeitet und dem Eidgenössischen

aktivitäten

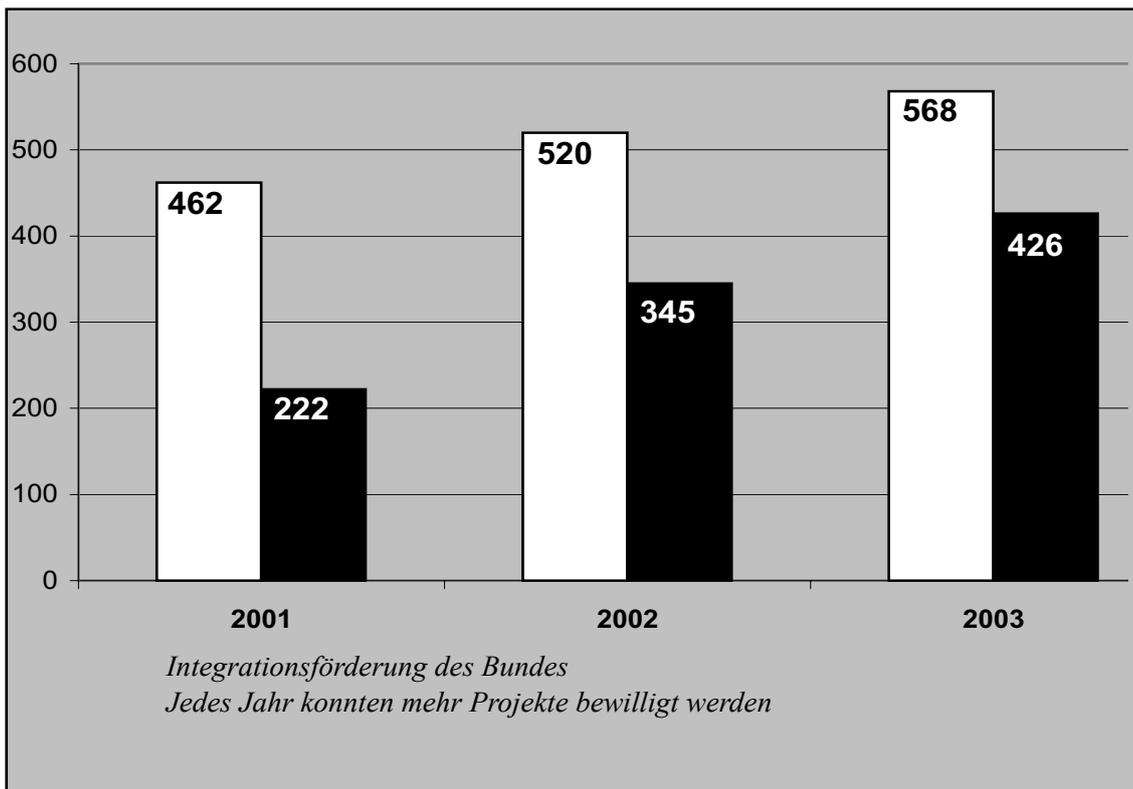
Justiz- und Polizeidepartement zur Genehmigung vorgelegt. Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold hat den entsprechenden Vorschlag der EKA übernommen und ihn am 13. Mai 2003 erlassen.

Der Projektausschuss der Kommission musste daher zu mehr Sitzungen als in einem normalen Jahr zusammengerufen werden. Er beschäftigte sich während des Berichtjahres mit Projektgesuchen und dem neuen Schwerpunkteprogramm an nicht weniger als zehn Sitzungen.

Projekte 2003

Der Kredit zur Förderung der Integration von Ausländerinnen und Ausländern ist im Artikel 25a des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer (ANAG) geregelt. Der jährliche Höchstbetrag wird jedoch erst im Rahmen der Budgetdebatte durch das Parlament festgesetzt. Für das Beitragsjahr 2003 betrug der Integrationskredit wie im Vorjahr 12,5 Millionen Franken. Er wurde vollständig ausgeschöpft.

Eingereicht wurden 568 Finanzierungsgesuche mit einer Gesamtsumme von 21,3 Millionen Franken. Rund drei Viertel dieser Projekte erfüllten laut Projektausschuss die qualitativen und inhaltlichen Anforderungen und erhielten einen Beitrag, allerdings nicht immer in der beantragten Höhe. Insgesamt wurden durch das Bundesamt für 426 Projekte 13,8 Millionen Franken gesprochen. Dieser Betrag liegt etwas höher als der zur Verfügung stehende Kredit. Die Differenz erklärt sich einerseits durch zeitliche Abweichungen zwischen der Genehmigung eines Projektes und der effektiven Auszahlung und andererseits durch Projekte, die – beispielsweise durch eine ungenügende Drittfinanzierung – nicht oder nicht im geplanten Ausmass realisiert werden konnten.



aktivitäten

Wie im Vorjahr war die Förderung der sprachlichen Kommunikationsmöglichkeiten der bedeutendste Schwerpunkt: 149 verschiedene Angebote an Sprach- und Integrationskursen erhielten insgesamt rund 4,5 Millionen Franken zugesprochen.

Die Projektträgerschaften, deren Anträge durch die EKA nicht zur Genehmigung empfohlen wurden, haben dies weitgehend akzeptiert. Nur wenige verlangten einen formalen Entscheid des Bundesamtes und keine einzige rekurrierte. Die zahlreichen Gespräche der Mitarbeitenden im EKA-Sekretariat mit den Gesuchstellenden haben zur befriedigenden Zusammenarbeit sicherlich viel beigetragen.

Rückblick auf das erste Programm

Das erste Förderprogramm, die Prioritätenordnung 2001 – 2003, wird durch eine externe Evaluation als klar, kohärent und geeignet erachtet, einen Beitrag zur Erreichung der Integrationsziele zu leisten. Auch die in dieser Zeit parallel zur Umsetzung aufgebauten Vollzugsstrukturen erwiesen sich – trotz gewisser Schwächen wie beispielsweise einer zu langen Verfahrensdauer – als geeignet und angemessen: Der Vollzug erfolgte nach einer einheitlichen Praxis und ermöglichte sowohl eine Gleichbehandlung der Gesuche als auch eine erfolgreiche Programmsteuerung. Unterstützt werden diese Aussagen beispielsweise dadurch, dass es einerseits mit Ausnahme des ersten Jahres, in dem sehr viel Aufbauarbeit geleistet werden musste, stets gelungen ist, den Kredit den Vorgaben entsprechend auszuschöpfen. Der Bedarf ist ausgewiesen.

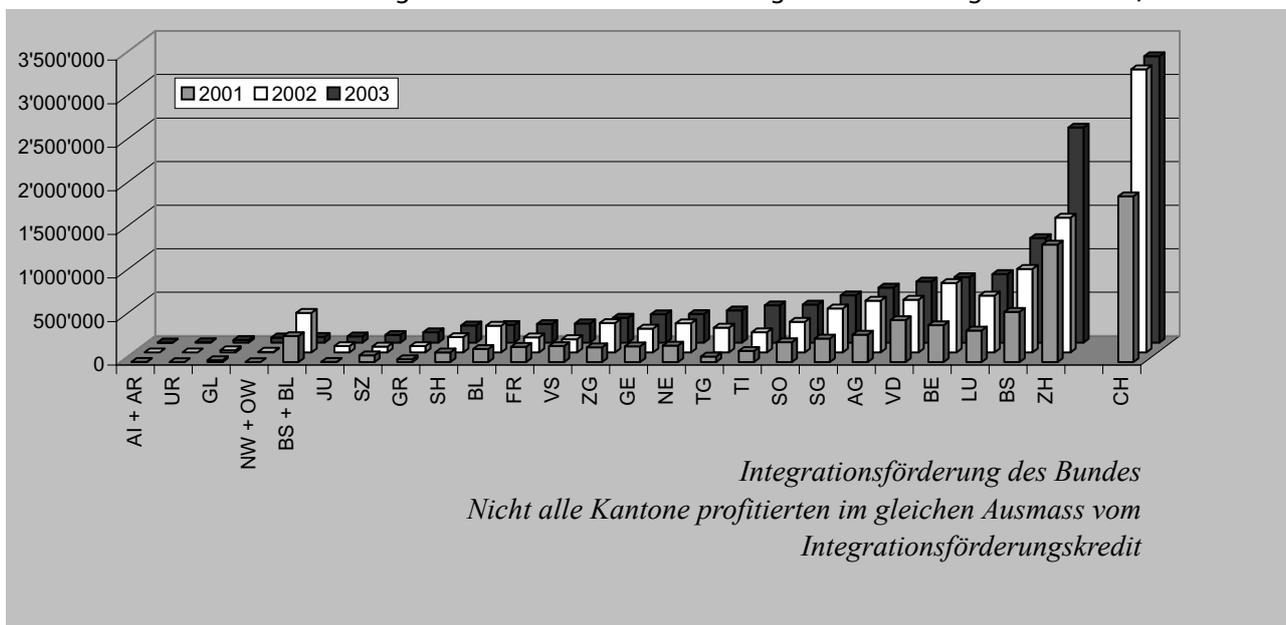
Andererseits zeigte sich, dass sich die Gesuchstellenden Trägerschaften von Jahr zu Jahr besser auf die angestrebten Vorgaben und konkreten Möglichkeiten des Programms ausrichteten. Die Genehmigungsrate wurde immer besser, die Anzahl der erst nach einer Überarbeitung genehmigten Projekte immer kleiner.

2001 konnten nach vielen Überarbeitungen 48% der Projektgesuche bewilligt werden. Gesprochen wurden rund 20% der beantragten Gesamtsumme.

2002 stieg dieser Anteil bei den Gesuchen auf 66%, bei der Summe auf 44%.

2003 schliesslich lag die Genehmigung bei den Gesuchen bei 75% und summenmässig bei 65%.

Um möglichst viele Akteure in die Integrationsförderung einzubinden,



aktivitäten

wurde bei der Umsetzung des Programms darauf geachtet, «eher mehr, dafür kleinere Projekte» zu unterstützen. Dieser Grundsatz wurde konsequent durchgesetzt und spiegelt sich beispielsweise darin, dass die gesprochenen Durchschnittsbeiträge pro Projekt konstant blieben: 2001 waren dies 34'700 Franken, 2002 stieg der Durchschnittswert leicht auf 35'400 Franken und sank 2003 auf 32'500 Franken.

Insgesamt nicht vollständig zufrieden stellend ist die regionale Verteilung der Projekte. Sie ist zwar für eine Mehrheit der Kantone ausgewogen, doch es gibt Kantone, aus denen überdurchschnittlich (z.B. Basel-Stadt) oder unterdurchschnittlich viele (z.B. Waadt oder Genf) Finanzierungsgesuche eingereicht und genehmigt wurden. Erfreulich ist, dass die Anzahl von Integrationsprojekten in praktisch allen Kantonen stetig ausgebaut werden konnte.

Im Herbst 2004 wird der ausführliche Evaluationsbericht für das Programm 2001-2003 erscheinen. Einige Teilevaluationen liegen aber bereits vor und bestätigen sowohl den Bedarf an einem Förderprogramm als auch den bisher erreichten Erfolg.

SP Schwerpunkt Point fort	Beantragt / Demandé		Genehmigt Approuvé		Durchschnittl. Beitrag Moyenne
	Anz Nbre	Summe somme	Anz Nbre	Summe somme	
2001					
SP1			68	1'640'400	24'124
SP2			45	1'245'000	27'667
SP3			55	1'619'000	29'436
SP4 / div.			37	1'778'000	48'054
SP5 + SP6			17	1'440'000	84'706
Total 2001	462	39'273'000	222	7'722'400	34'786
2002					
SP1	161	7'241'396	123	3'684'690	29'957
SP2	91	4'117'825	60	1'605'150	26'753
SP3	163	7'120'392	105	2'889'899	27'523
SP4 / div.	80	6'546'864	33	1'794'731	54'386
SP5 + SP6	25	2'418'588	24	2'254'988	93'958
Total 2002	520	27'445'064	345	12'229'458	35'448
2003					
SP1	184	6'570'502	149	4'486'379	30'110
SP2	82	2'589'604	61	1'718'368	28'170
SP3	185	5'576'776	136	3'278'824	24'109
SP4 / div.	94	4'465'812	57	2'316'990	40'649
SP5 + SP6	23	2'085'667	23	2'030'700	88'291
Total 2003	568	21'288'362	426	13'831'261	32'468

aktivitäten

Bei der Umsetzung des Schwerpunktes 1 (Sprachförderung) konnte eine Vielzahl von Trägerschaften dafür gewonnen werden, neue und ergänzende Angebote zur praxisbezogenen Sprachförderung zu entwickeln und zu realisieren. Fast die Hälfte der durchgeführten Kurse richtete sich speziell an Frauen. Verbesserungspotenzial besteht bezüglich der Qualitätssicherung und der regionalen Koordination.

Im Rahmen des Schwerpunktes 2 (Fortbildung von Schlüsselpersonen) zeigte sich, dass sich in der Schweiz sehr viele Menschen ehrenamtlich oder semiprofessionell für die Integration einsetzen und einsetzen wollen. Sie konnten in ihren Kompetenzen gestärkt werden. Auch gelang es, beteiligte Institutionen zu vernetzen und thematische Aufbauarbeit zu leisten. Verbesserungspotenzial besteht bezüglich schweizerischen Schlüsselpersonen und dem konkreten Einsatz der Ausgebildeten.

Innerhalb des relativ offen formulierten Schwerpunktes 3 (Partizipation) wurde einer grossen Zahl von Vereinen und Organisationen Zugang zur Integrationsförderung ermöglicht, und ihre Aktivitäten konnten gezielt und bedürfnisorientiert ergänzt werden. Es wurden sowohl Projekte realisiert, die Voraussetzungen zur Partizipation schaffen, als auch Projekte, innerhalb derer die Teilnehmenden aktiv an einem Prozess teilnehmen. Verbesserungspotenzial besteht bezüglich des aktiven Einbezuges der Zielgruppen in die Planung der Projekte.

Der Schwerpunkt 4 (Aufträge und Projektbeiträge auf nationaler Ebene) war nicht an spezielle Eingabetermine gebunden. Durch die Erarbeitung von Grundlagen oder die Durchführung von Pilotprojekten war es möglich, aktiv auf neue Fragestellungen zu reagieren oder gezielte Beiträge zu thematischen Entwicklungen zu leisten. Für den Herbst 2004 ist die Publikation wichtiger Erfahrungen und Erkenntnisse aus ausgewählten Projekten dieses Schwerpunktes geplant.

In den Schwerpunkten 5 und 6 ging es um den Aufbau und die institutionelle Stärkung von Ausländerdiensten. Diese erbrachten eine Reihe von beratenden, konzeptuellen und organisatorischen Dienstleistungen und professionalisierten ihre Tätigkeit in einem gemeinsamen Entwicklungsprozess. Auch gelang es, in vielen Regionen eine bewusste Auseinandersetzung mit Integrationsfragen auszulösen und einen Beitrag dazu zu leisten, dass in verschiedenen Kantonen und Gemeinden neu Integrationsdelegierte ernannt wurden.

Neue Prioritätenordnung

Für die EKA war schnell klar, dass es für die nächsten Jahre ein neues Schwerpunkteprogramm resp. eine überarbeitete Prioritätenordnung braucht. Denn der Erfolg des ersten Förderprogramms war unter anderem darin begründet, dass es in einer geeigneten Art und Weise die konkreten Rahmenbedingungen berücksichtigte. Und diese Realitäten hatten sich in der Zwischenzeit in verschiedenen Bereichen verändert

Es stehen mit den Integrationsdelegierten und den Ausländerdiensten regionale Ansprechpartner zur Verfügung. Auch gibt es viele neue lokale Kredite zur Integrationsförderung. Dies ermöglicht neue Formen der Zusammenarbeit.

Es kann auf einen umfassenden Lernprozess, auf eine Vielzahl von Erkenntnissen sowie auf verschiedene Netzwerke zurückgegriffen werden, die sehr viele Akteure mit einbeziehen. Bezüglich vieler thematischer Fragestellungen wurden Fortschritte erzielt.

aktivitäten

Erwartungsgemäss war das Interesse verschiedener Kreise an der Weiterentwicklung des Schwerpunktprogramms gross. Die EKA hat deshalb ein Vorgehen gewählt, das eine fachlich sorgfältige Berücksichtigung bisheriger Erfahrungen und Erkenntnisse anstrebte und gleichzeitig den Einbezug der wichtigsten Akteure der Integrationsarbeit sicherstellte. Eingeleitet durch einen Workshop, an dem rund 90 Personen teilnahmen, wurden die Vorbereitungsarbeiten durch eine Arbeitsgruppe unter der Leitung von Walter Schmid (Vizepräsident EKA) koordiniert. Der Arbeitsgruppe gehörten neben dem erweiterten Projektausschuss der EKA auch zwei Integrationsdelegierte, zwei Vertretungen von regionalen Ausländerdiensten sowie der zuständige Vizedirektor des IMES an. Sie stützte sich auf die ersten Evaluationsberichte, die Workshopergebnisse sowie auf verschiedene Hearings mit Vertretungen anderer Institutionen und entschied sich für ein neues Schwerpunktprogramm, das sowohl auf Kontinuität als auch auf Weiterentwicklung setzte.

Die neue Prioritätenordnung ist auf vier Jahre angelegt und für die Jahre 2004 bis 2007 gültig. Sie sieht die Förderung folgender Schwerpunkte vor:

- A: Verständigung fördern. Unterstützt werden alltagsorientierte Sprachkurse für schwer erreichbare Zielgruppen. Sie sollen im Rahmen regionaler Konzepte angeboten werden.
- B: Institutionen öffnen. Unterstützt werden Personen, denen im Alltagsleben eine Schlüsselfunktion zukommt. Das Programm will aber auch Institutionen der Zivilgesellschaft bei Projekten und Prozessen unterstützen, welche eine verstärkte Beteiligung der ausländischen Bevölkerung zum Ziel haben.
- C: Zusammenleben erleichtern. Gefördert werden kleine Integrationsprojekte und Initiativen, die vor Ort das Miteinander von schweizerischen und ausländischen Gruppen stärken.



Im Podiumsgespräch äusserten sich Arbeitnehmer und Arbeitgeber zur praktischen Seite der Integration am Arbeitsplatz.

aktivitäten

D: Kompetenzzentren entwickeln. Das Programm fördert in Zusammenarbeit mit den politisch verantwortlichen Instanzen die Entwicklung von Fachdiensten in den Regionen.

E: Innovation und Qualitätssicherung. Unterstützt werden ausgewählte Projekte im Bereich Qualitätssicherung und Pilotprojekte.

Neu werden somit beispielsweise Projekte unterstützt, welche zur «Öffnung von Institutionen» für die ausländische Bevölkerung beitragen. Zudem will die Eidgenössische Ausländerkommission in Zukunft bei der Vergabe von Finanzbeiträgen noch enger mit den regionalen Integrationsstellen zusammenarbeiten sowie die Bearbeitungszeiten merklich verkürzen. Die Ausschreibung für das Beitragsjahr 2004 erfolgte im Sommer 2003, der durch das Parlament zur Verfügung gestellte Kredit beträgt 14 Millionen Franken.

Veranstaltungen

Nationale Tagung «Integration durch Arbeit?»

Die Nationale Tagung der EKA «Integration durch Arbeit?» stand ganz im Zeichen des Jahresthemas. Theres Egger vom Büro BASS in Bern stellte die Studie «Integration und Arbeit» vor, welche sie im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der EKA erarbeitet hatte. Danach wurden die drei Interventionsachsen, auf die sich die Kommission für ihre Empfehlungen festgelegt hatte (siehe weiter oben: Jahresthema), vertieft diskutiert. Jeder Bereich wurde zuerst aus der theoretischen wissenschaftlichen Perspektive beleuchtet und danach mit Berichten aus einer praktischen Projektarbeit vertieft. So stellte beispielsweise Rosita Fibbi vom Schweizerischen Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien ihre Untersuchung über die Diskriminierung von ausländischen Jugendlichen bei der Lehrstellensuche vor. Hans-Peter Widmer ergänzte dies mit Erfahrungen, die er in einem Caritas-Projekt in Luzern macht, in dem vor allem junge Frauen der zweiten Generation in ihren Bemühungen für den Einstieg in den Arbeitsmarkt unterstützt werden. In einem Podiumsgespräch befragte die Radio-Journalistin Marina Villa einen Krankenpfleger, einen Geschäftsinhaber, eine Service-Angestellte, einen Filialleiter und einen Migratinsexperten zur praktischen Integration am Arbeitsplatz, zu den Schwierigkeiten, Vorurteilen und vor allem zu möglichen Rezepten für eine verbesserte Integration. Schliesslich wurden die EKA-Empfehlungen zu Integration und Arbeit präsentiert. Bundesrätin Ruth Metzler-Arnold bekräftigte die Bedeutung der Integration für unsere Gesellschaft und erliess einen Appell zur Unterstützung der Bürgerrechtsreform.



*Bundesrätin
Ruth Metzler-Arnold erhält
aus der Hand von EKA-
Präsident Francis Matthey den
Bericht zu Integration
und Arbeit.*

Die rund 250 Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer lobten die gelungene Verbindung von Theorie und Praxis der Tagung und freuten sich am Intermezzo, in dem das Duo «schön&gut» in ihrem politischen Kabarett-Stück den «HURQ», den «Heimat- und Rütli-Quotienten» präsentierten, ein Lehrstück für Einbürgerungsgespräche.

Tagung «Investition in die Zukunft»

Das EKA-Lehrstellenprojekt «Berufliche Zukunft für Migrantinnen und Migranten» (BZM 2) wurde mit einer grossen Tagung im Juni in Bern abgeschlossen. Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen haben die Themen, die im Laufe der Projekte BZM 1 und 2 behandelt worden waren, wieder aufgenommen und vertieft. Simone Prodoliet hat die Perspektiven dargelegt, die künftig zu entwickeln sind, um die Möglichkeiten der beruflichen Ausbildung für junge Ausländerinnen und Ausländer zu verbessern. Hatice Yürütücü analysierte die verschiedenen Lebensphasen und ihre Bedeutung für ein erfolgreiches Leben. Christoph Schmitter stellte das neue Bundesgesetz über die Berufsbildung mit all seinen neuen Aspekten, die ab Januar 2004 (Datum des Inkrafttretens) zum Tragen kommen, vor. Claudio Nodari hat sich in die Rolle der Sprache in der beruflichen Ausbildung vertieft, indem er die Situation aus dem Blickwinkel der Lehrlinge wie auch der Auszubildenden analysierte. Eva Schumacher sprach anhand einiger Projekte, die im Rahmen des Lehrstellenprojekts 16+ der Schweizerischen Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten lanciert wurden, über die Situation der jungen Mädchen. Daraufhin vermittelten Hanspeter Graf und Lukas Jordi einen Einblick in den Alltag der beruflichen Ausbildung in ihrem Unternehmen. Und schliesslich diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Podiums, der sich aus Institutionsverantwortlichen und jungen Ausländerinnen und Ausländern zusammensetzte, darüber, welche Bausteine sie für den Aufbau einer besseren beruflichen Zukunft als notwendig erachten.



Publikationen

Im Herbst 2002 hatte die Eidgenössische Ausländerkommission ihre Zeitschrift «terra cognita», die Schweizer Zeitschrift zu Integration und Migration lanciert. Im Berichtsjahr folgten die Nummer 2 zum Thema Bildung und die Nummer 3 zum Jahresthema Arbeit. Es darf behauptet werden, dass sich terra cognita schnell als Fachzeitschrift etabliert hat und einen guten Ruf genießt. Die Nr. 1 zum Thema Kultur ist schon seit einiger Zeit vergriffen. Auf der dazugehörigen Website (www.terra-cognita.ch) sind jedoch alle Beiträge im PDF-Format verfügbar.

Mit dem Bericht «Integration und Arbeit» hat die EKA ihre neue Reihe «Materialien zur Integrationspolitik» ge-



aktivitäten

startet. Der rund 60 Seiten starke Bericht bietet eine breite Bestandesaufnahme der Situation von Ausländerinnen und Ausländern auf dem schweizerischen Arbeitsmarkt. Er listet die Problemfelder (von der Ungleichstellung bis zur Nachholbildung) auf und nennt mögliche Handlungsfelder, Akteure und Massnahmen zur Verbesserung der Situation. Der Bericht wird ergänzt durch einen kleinen Band mit den Empfehlungen der EKA zum Thema Arbeit sowie einer Zusammenfassung des Berichts.

Im Zusammenhang mit dem EKA-Lehrstellenprojekt «Berufliche Zukunft der Migrantinnen und Migranten» erschienen zwei Publikationen: «Investition in die Zukunft: Ausländische Jugendliche in der Berufsbildung – Referate der Tagung 2003» und die Broschüre «...damit meine Veranstaltung besser gelingt: Schritte zur Planung, Organisation und Durchführung einer Infoveranstaltung». Diese ist für Schlüsselpersonen bestimmt und fasst die an den Bildungstreffen thematisierten Aspekte zusammen. Die dritte Publikation, ein Ideenkatalog von erfolgreichen Unterstützungsmassnahmen für die berufliche Integration von ausländischen Jugendlichen, erscheint im Frühling 2004.

Information

Im Rahmen der klassischen Medienarbeit veranstaltete die EKA drei Pressekonferenzen. Die Jahrespressekonferenz im Januar umfasste folgende Themen: Arbeit anhand von Jahresthemen, Vorstellung der neuen Leiterin des EKA-Sekretariats Simone Prodoliet und das Anliegen eines neuen migrationspolitischen Diskussionsstils. Die Kommission rief zu «mehr Augenmass in der Diskussion um Migrationsthemen» auf. Anlass für diesen Aufruf waren verschiedene öffentliche Diskussionen gewesen, in denen sich vermehrt ein gewisses Misstrauen gegenüber Asylsuchenden, Flüchtlingen und Ausländern manifestiert hatte (z.B. Rayonverbote für ganze Bevölkerungsgruppen, die Forderung, Asylsuchenden die Handys wegzunehmen oder das Hängematten-Inserat der SVP Zürich, welches Ausländer generell als Schmarotzer abstempelt). Im Mai wurde zusammen mit dem IMES die neue Prioritätenordnung für das Integrationsförderungsprogramm vorgestellt. Und im November wurde im Zusammenhang mit der Nationalen Tagung über Erfahrungen und Ansätze zur Verbesserung der Integration ausländischer Arbeitskräfte berichtet. Die EKA hatte Forscherinnen und Forscher eingeladen, an diesem Anlass über neue Studien zu orientieren. In der Form einer Medienmitteilung machte die EKA ihre Empfehlung an die Gemeinden publik, im Lichte der Bundesgerichtsentscheide die Kompetenz zur Einbürgerung einer speziellen Kommission oder der Exekutivbehörde zu übergeben.

Bis 2002 war der Internet-Auftritt der EKA in jenen des Bundesamts für Ausländerfragen integriert. Im Mai wurde die eigenständige Website www.eka-cfe.ch aufgeschaltet. Unter dieser Adresse kann neu auch die Projekt-Datenbank des Integrationsförderungsprogramms abgefragt werden. Gezielt kann nach den Kriterien Beitragsjahr, Kanton und Schwerpunkt gesucht werden. Auch die Zeitschrift *terra cognita* erhielt ihre eigene Website. Unter www.terra-cognita.ch sind ausgewählte



Artikel und die vollständige Infothek jeder Nummer abrufbar. Schliesslich hat das EKA-Sekretariat zusammen mit den Informationsdiensten des Bundesamtes für Flüchtlinge und dem IMES auch an der Site www.10x10.ch mitgearbeitet, einer unterhaltsamen, spielerischen und lehrreichen Überprüfung des Wissens über Migrationsfragen.

Neue Zusammensetzung der Kommission

Alle ausserparlamentarischen Kommissionen wurden vom Bundesrat für die neue Legislatur 2004-2007 neu bestellt. Die Eidgenössische Ausländerkommission ist gegenüber der Vorperiode geringfügig vergrössert worden. Sie umfasst neu 30 Mitglieder (und einen Beobachter), zehn von ihnen sind neu. Auffallend ist die ausgewogene Zusammensetzung: je 50 Prozent sind schweizerischer bzw. ausländischer Herkunft. 15 Männer arbeiten mit 15 Frauen zusammen. Der politische Ausschuss zählt 15 Mitglieder, der Projektausschuss 11 Mitglieder (siehe auch vollständige Liste im Anhang).

Habitat – Wohnen, Siedlungspolitik und Raumplanung

Wohnen ist ein zentraler Aspekt des täglichen Lebens. Es ist daher nicht unbedeutend, wie sich die Wohnsituation für den Einzelnen darstellt und wie das nachbarschaftliche Verhältnis aussieht. Das Zusammenleben von Einheimischen und Zugewanderten steht immer wieder im Zentrum von Debatten, wie die Stadt- und Quartierplanung gestaltet werden soll, damit ein ausgewogenes Verhältnis zwischen der ansässigen Bevölkerung und den Bewohnerinnen und Bewohnern ausländischer Herkunft hergestellt werden könne. Dabei fallen Schlagworte wie «Durchmischung der Bevölkerung» oder «Probleme in Ausländerghettos». Die EKA will hinter solche Schlagworte schauen und hat «Integration und Habitat» zum Jahresthema 2004 bestimmt.

terra cognita

Die Nummer 4, welche im März 2004 erscheint, ist dem aktuellen Thema Einbürgerung gewidmet. terra cognita beleuchtet die aktuelle Bürgerrechtsrevision, stellt erstmals demografische Erkenntnisse über die Eingebürgerten vor, wagt einen Vergleich kommunaler Einbürgerungsverfahren, wirft einen Blick zurück auf frühere Revisionen und über die Grenze auf die Entwicklung der Staatsbürgerschaft in Europa. In der Debatte kreuzen eine Rechtsprofessorin und ein Rechtsprofessor die Klingen. Es geht im Zusammenhang mit dem Bundesgerichtsurteilen vom Sommer 2003 um die Frage: Grundrechte verletzt oder Volkssouveränität missachtet? In zwölf kurzen Portraits kommen Personen zu Wort, die eingebürgert wurden, ein Einbürgerungsgesuch gestellt haben, nicht eingebürgert wurden, selber einbürgern oder sich nicht einbürgern lassen wollen.

Die Nummer 5 zum Jahresthema «Integration und Habitat» erscheint im Oktober 2004. Die Vorstellung neuer Forschungsergebnisse wird ergänzt durch Portraits ausgesuchter Wohnprojekte und durch eine Debatte, voraussichtlich zum Thema Quartierpolitik.

anhang

Mitgliederliste Ausländerkommission

Liste der Mitarbeitenden im EKA-Sekretariat

Integrationskredit 2001-2003; Grafiken

(Beiträge nach Schwerpunkt, eingereichte/unterstützte Projekte)

Integrationskredit 2001-2003: Tabelle

(Anzahl Projekte und Beitragshöhe nach Kantonen)

Integrationskredit: Liste der unterstützten Projekte 2003

anhang

EKA-Sekretariat

Simone **Prodolliet**, Leiterin des EKA-Sekretariats
Christof **Meier**, Koordinator Intergrationsförderung, stv. Sekretariatsleiter,
Paul **Sütterlin**, stv. Sekretariatsleiter

Sylvana **Béchon**, Administration und Dokumentation
Christa **Berger Hoins**, Integrationsförderung
Prosper **Dombeles**, Integrationsförderung
Adrian **Gerber**, Grundlagen & Politik
Isabelle **Holzer**, Praktikantin (bis 31.3.04)
Biljana **Käser**, Integrationsförderung
Adrian **Linder**, Integrationsförderung
Alexandra **Mona**, Administration (ab 01.9.03)
Jürgen **Müller**, Integrationsförderung (bis 31.1.04)
Elsbeth **Steiner**, Information
Pascale **Steiner**, Grundlagen & Politik
Fabienne **Stoll**, Praktikantin Administration
Ruth **Tennenbaum**, Integrationsförderung (ab 1.2.04)
Ana Maria **Witzig-Marinho**, Integrationsförderung

(total 13.8 Stellen)

anhang

Mitglieder der Eidgenössischen Ausländerkommission

Francis **Matthey**, Präsident, Alt-Nationalrat, Alt-Regierungsrat NE, La Chaux-de-Fonds, (Ausschuss Politik)

Anna **Rüdeberg-Pompei** Dr. med., Vize-Präsidentin, Italien, Coordinamento nazionale dei COMITES, Wabern (Ausschuss Projekte)

Walter **Schmid**, Dr., Vize-Präsident, Winterthur (Ausschuss Projekte)

Regina **Bühlmann**, Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, Bern (Ausschuss Politik/Ausschuss Projekte)

Christina **Burger**, USA/Schweiz, Schweiz. Evang. Kirchenbund, Basel (Ausschuss Politik)

Antonio **da Cunha**, Prof. Dr., Portugal, Fédération des associations portugaises de Suisse, Lausanne (Ausschuss Politik)

Ruth **Derrer Ballardore**, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Zürich (Ausschuss Politik)

Kais **Fguiri**, Tunesien, Sozialarbeiter, OSAR, Salins/VS

Hans Peter **Flückiger**, Landwirt, Schweizerischer Bauernverband Brugg, Zurzach/AG

Alagipody **Gunaseelan**, Sri Lanka, Pflegemitarbeiter, Luzern (Ausschuss Projekte)

Rudolf **Horber**, Dr., Schweiz. Gewerbeverband, Bern

Vivian **Kiefer-Vargas**, Philippinen/Schweiz, medizinische Laborantin, Basel (Ausschuss Projekte)

Marie-Thérèse **Kuhn**, Verband Schweizerischer Arbeitsämter, Basel

Luzolo Raoul **Lembwadio**, Kongo/Schweiz, Psychologe, BDE Associations et groupements africains, Boudry/NE (Ausschuss Politik)

Juan Rodrigo **Montaluisa** Vivas, Ecuador, Ökonom, Genf (Ausschuss Politik)

Julia **Morais**, Deutschland, Dolmetscherin, Vereinigung der Integrationsdelegierten der Kantone und Städte (Ausschuss Politik)

Gianni **Moresi**, Schweiz. Berufsbildungsämter-Konferenz, Breganzona (Ausschuss Projekte)

Minh Son **Nguyen**, Vietnam/Schweiz, Anwalt, Corseaux/VD (Ausschuss Projekte)

Carmen **Pereira Fleischlin**, Brasilien/Schweiz, Lehrerin, Zürich (Ausschuss Politik)

Jean-Claude **Prince**, Frankreich/Schweiz, Schweiz. Gewerkschaftsbund, Bern (Ausschuss Politik)

Stanislava **Racic**, Kroatien/Schweiz, CH-Bischofskonferenz, Zürich (Ausschuss Projekte)

Liana **Ruckstuhl**, Stadträtin, Schweiz. Städteverband, St. Gallen

Rita **Schiavi Schäppi**, Italien/Schweiz, Gewerkschaftssekretärin GBI Zentralsekretariat Zürich, Basel (Ausschuss Projekte)

Roger **Schneeberger**, Migrationsdienst des Kantons Bern, Vereinigung der kantonalen Migrationsämter, Bern

Dragoslava **Tomovic**, Serbien-Montenegro/Schweiz, Dr. med. Ärztin, Bern (Ausschuss Projekte)

Denis **Torche**, Travail.Suisse, Bern (Ausschuss Politik/Ausschuss Projekte)

Franz **von Graffenried**, Schweiz. Verband der Bürgergemeinden und Korporationen, Bern (Ausschuss Politik)

Myrtha **Welti**, Alliance F, Bund Schweiz. Frauenorganisationen, Zürich (Ausschuss Politik)

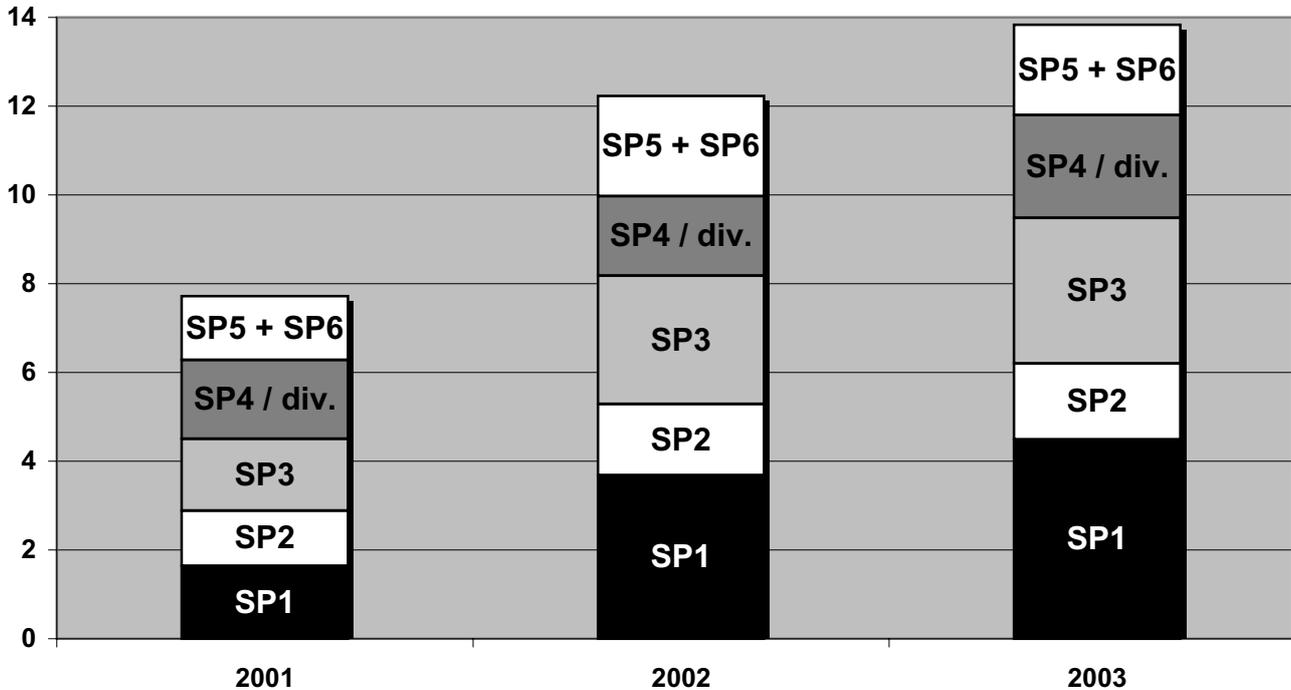
Hatice **Yürütücü**, Türkei/Schweiz, Türkische Gemeinschaft Schweiz, Zürich (Ausschuss Politik)

Maria Luisa **Zürcher-Berther**, Fürsprecherin, Schweiz. Gemeindeverband, Schönbühl

Beat **Meiner**, Ethnologe, Generalsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, Bern (Beobachter)

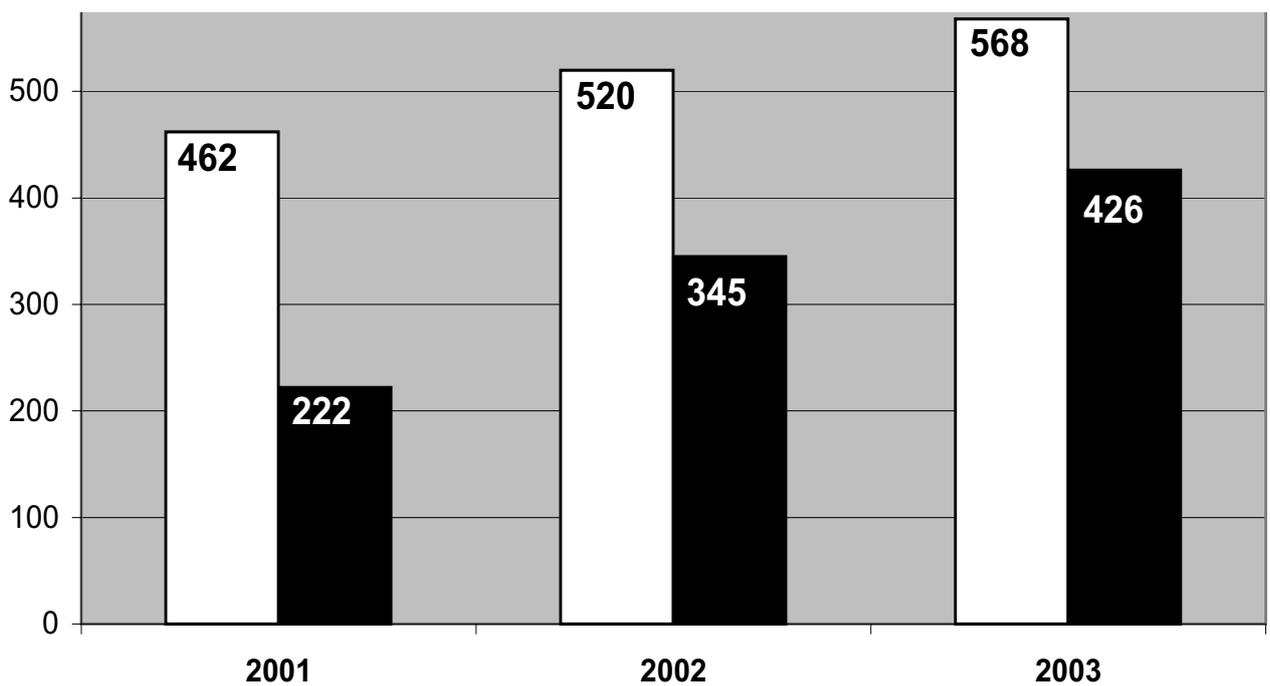
Integrationskredit

Verteilung der Beiträge nach Schwerpunkten für die Projekte 2001-2003



Integrationskredit

Anzahl der eingereichten (weiss) und der unterstützten (schwarz) Projekte 2001-2003



anhang

Integrationskredit

Anzahl der unterstützten Projekte und Höhe der Beiträge 2001 - 2003

KANTON	2001		2002		2003	
	Anz	Summe	Anz	Summe	Anz	Summe
AG	12	316'000	17	592'960	21	631'372
AI + AR	2	4'000	1	1'000	1	3'000
BE	18	425'000	35	797'704	33	751'362
BL	3	151'000	6	306'000	5	203'000
BS	12	578'000	24	958'350	33	1'201'946
BS + BL	2	300'000	4	454'200	3	66'700
FR	7	176'000	5	173'050	8	213'500
GE	7	181'000	9	273'900	14	326'200
GL	2	22'000	2	25'100	2	30'000
GR	2	35'400	2	72'000	3	119'900
JU	1	3'000	2	71'970	2	71'900
LU	11	364'000	20	652'200	26	787'055
NE	5	191'000	9	335'650	9	329'500
NW + OW	0	0	1	7'500	1	60'000
SG	7	272'000	15	505'800	17	543'104
SH	6	112'000	8	177'080	9	198'025
SO	6	229'000	11	351'700	14	437'304
SZ	2	78'000	2	67'400	3	88'000
TG	2	65'000	8	283'955	11	370'520
TI	5	130'000	9	230'800	13	428'500
UR	0	0	0	0	1	5'245
VD	10	482'000	16	604'625	20	702'800
VS	6	184'000	4	152'200	9	221'500
ZG	6	172'000	10	337'800	9	286'240
ZH	51	1'348'000	69	1'547'380	93	2'467'196
CH	37	1'904'000	56	3'249'134	66	3'287'392
Total	222	7'722'400	345	12'229'458	426	13'831'261

Integrationsförderung des Bundes: Mitfinanzierte Projekte 2003

Promotion de l'intégration de la Confédération: Projets cofinancés 2003

Die Liste enthält alle Projekte, die 2003 einen Beitrag aus dem Integrationsförderungskredit des Bundes erhalten haben. Sie enthält den Namen des mitfinanzierten Projektes und der Trägerschaft sowie den bewilligten Beitrag. Die Liste ist entsprechend den Schwerpunkten des Integrationsförderungsprogramms und nach Kantonen geordnet. Wer zusätzliche Angaben zu einem bestimmten Projekt wünscht, muss bei einer Nachfrage die Projektnummer angeben.

La liste mentionne tous les projets qui ont été soutenus en 2003 par le crédit de l'intégration de la Confédération. Elle contient le nom du projet cofinancé et l'organe responsable ainsi que le montant accordé. La liste est établie selon les points forts du programme de la promotion de l'intégration et le canton. Si vous désirez un complément d'informations sur un projet précis, le numéro du projet doit être mentionné dans votre demande.

Nr./No	Kt	Titel/Titre	Trägerschaft/Organisation	Betrag/ Montant
			Schwerpunkt 1 / point fort 1	4'486'379
03-756	AG	LeA! Lesen für Ausländerinnen	Büro für Projekte im Sozialbereich	5'000
03-703	AG	Deutsch für Frauen	Netzwerk Integration Oberwytental	9'000
03-698	AG	Spielvilla	Stollenwerkstatt	18'000
03-618	AG	MuKi-Deutsch	Gemeinde Spreitenbach	7'000
03-335	AG	Lernen im Quartier	Verein Lernen im Quartier, Wohlen	4'864
03-318	AG	KombiNation	Stadt Baden	52'000
03-287	AG	Integrationskurse für neuzugezogene Migranten und Migrantinnen im Kanton AG Deutsch - Beruf - Bildung	Stiftung ECAP, Regionalstelle Aargau	106'000
03-137	AG	Netzwerk "Bildung und Multikulturalität" (B&M)	Netzwerk Bildung und Migration nb&mSekretariat c/o machBar Bildungs GmbH	6'000
03-029	AG	Deutsch- und Integrationskurs für Frauen	ENAIP Argovia	8'400
03-017	AG	MuKi-Deutsch 2003 - Deutsch- und Integrationskurse für anderssprachige Immigrantinnen und ihre Kinder an und in Zusammenarbeit mit Aargauer Schulen	machBar Bildungs-GmbH	132'000
03-016	AG	Deutsch für fremdsprachige Familienfrauen - ein Integrationskurs	Stiftung ECAP, Regionalstelle Aargau	48'693
03-787	AR	Deutschkurs für fremdsprachige Frauen	Projektgruppe "Deutschkurs für fremdsprachige Frauen" der Schule Waldstatt	3'000
03-819	BE	Sprachliche Frühförderung in Familien und familienergänzenden Einrichtungen	Kon-Lab, PD Dr. Zvi Penner	39'496
03-723	BE	Mein Kind lernt Deutsch - Ich auch	Gemeinschaftszentrum Treffpunkt Untermatt (VBG)	11'000
03-368	BE	SIP-SAP	Erwachsenenbildung Signau	6'420
03-353	BE	Somalische Frauengruppe	Somalischer Kulturverein	13'700
03-339	BE	Integrationsinitiative Oberaargau BIO	Verein Bio Geschäftsstelle interunido	59'160
03-320	BE	IDU: Ein Angebot zur Förderung der sprachlichen und sozialen Integration	HEKS, Flüchtlings- und Inlanddienst Bern	54'000
03-268	BE	Kurseangebot alevitisches Zentrum Biel und Umgebung	Ehl-I Beyt Alevitisches Kulturzentrum Biel und Umgebung (BEAKM)	37'300
03-233	BE	Deutschkurse für Türkinnen und Türken	INTAB Integration und Ausbildung Bern	18'300

anhang

03-223	BE	Jugendtheaterclub in Bern-West	Verein SpielART	20'000
03-199	BE	Interkultureller ökumenischer Treffpunkt KA-RIBU	Reformierte Kirchgemeinde Zollikofen	17000
03-185	BE	Sich integrieren, aber die eigene Identität behalten	Demokratischer Kulturverein	4'280
03-088	BE	Frauengruppe für Türkischsprechende	BAFFAM	8'400
03-026	BE	Bildungs- und Empowermentgruppe für tamilische Frauen	BAFFAM	18'500
03-047	BL	Deutsch für Migrantinnen ohne Erwerbsarbeit im Fraumattquartier / Liestal BL	Integrationskommission der Stadt Liestal	6'000
03-015	BL	Frauenbildungsprojekt Connectica	Ausländerdienst Baselland/ALD	71'000
03-861	BS	Integrationsprojekt Deutschkurse mit Sozialinformationen	Joint Venture Quartierbogen / Regenbogen	42'000
03-636	BS	Treffpunkt für Wissen	Nuriye Tasoglu	12'880
03-633	BS	Deutschkurs für die Förderung der Integration	Türkisch Islamischer Sozial- und Kulturverein beider Basel	10'000
03-416	BS	Integrative Sprachkurse	TIPI / Treffpunkt Integration Partizipation Information	46'000
03-400	BS	Deutsch und Integration in der Gemeinde Riehen. Ein Kursangebot für fremdsprachige Frauen	Gemeinde Riehen	25'000
03-382	BS	Ich lerne Deutsch fürs Kind - ins Schulhaus integrierte Deutschkurse für Mütter	Erziehungsdepartement Basel-Stadt Ressort Schulen	72'000
03-351	BS	Putzen Sie Deutsch?	Mitenand Putzen GmbH	5'875
03-332	BS	Deutschkurse für Frauen und Männer	BINA Basel Integration und Ausbildung	12'000
03-322	BS	Deutsch lernen im Museum	Museumsdienste Basel	4'800
03-296	BS	Takimi - Treffpunkt für Albanisch sprechende Frauen und Kinder für Basel und Region	Ausbildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten	57'600
03-283	BS	Alba Integra. Ein Integrationsprojekt der albanischen Volkshochschule Universiteti Popullor Shqiptar Basel	Albanische Volkshochschule der Region Basel	37'440
03-035	BS	Quartierspezifische Integrationskurse für neuzugezogene Migrantinnen und Migranten	ECAP, Regionalstelle Basel	118'000
03-034	BS	Deutsch schreiben - Deutsch lesen: Alphabetisierungskurse für fremdsprachige Erwachsene	ECAP, Regionalstelle Basel	24'000
03-019	BS	Deutsch und Integration im Quartier - Ein Kursangebot für neuzugezogene Frauen in Basel	K5 Basler Kurszentrum für Menschen auf fünf Kontinenten	111'000
03-009	BS	Lernen im Park	Verein Johanna	106'500
03-715	CH	Alpha-Deutsch	Verein FEMIA	10'398
03-033	CH	Deutsch- und Französischkurse für schwer erreichbare Zielgruppen	Gewerkschaft Bau und Industrie GBI	94'850
03-102	FR	Formation de base "Lire et Ecrire"	Association Lire et Ecrire	37'000
03-021	FR	Apprendre le français / allemand entre femmes	Espacefemmes	45'000
03-774	GE	Se perfectionner et se valoriser pour accéder à de meilleures conditions de travail	Institut de recherche et de documentation de l'île de Quisqueya - Irdiq Ecoles des Femmes	20'000
03-747	GE	Ecole balkanique de langue française à Genève (EBLF)	Association "Centre Serbe de Genève"	18'000
03-691	GE	Le français pour comprendre et participer à la vie pratique et sociale	Centre d'accueil et de formation de La Roserie	20'000
03-664	GE	Cours de langue française pour femmes d'origine albanaise	Mairie d'Onex	11'200
03-655	GE	Les ateliers d'écriture pour l'intégration	Madame Anne Brüscheiler	20'000
03-474	GE	Cours de français avec laboratoire de langue	Croix-Rouge genevoise	30'000

anhang

03-343	GE	Centre de Rencontre et d'Intégration pour Personnes Migrantes (CRIPAM)	Croix-Rouge genevoise Service Etrangers - Réfugiés	30'000
03-169	GE	Cours d'alphabétisation et de français pour femmes avec peu de formation scolaire	Association genevoise d'entraide aux réfugiés (AGER)	45'000
03-011	GE	Cours pour femmes Albanaises	Université Populaire Albanaise	15'000
03-131	GL	Die Schweiz: Auch eine Heimat für Tamilen	Teedor	15'000
03-006	GL	Niederschwellige Deutschkurse für fremdsprachige Frauen im Kanton Glarus	Frauenzentrale des Kantons Glarus	15'000
03-290	GR	Integrationshilfe für Migrantinnen im Kanton Graubünden	Frauenzentrale Graubünden	65'000
03-013	GR	"Das Tor öffnen". Deutschunterricht für in Chur und Umgebung lebende Migrantinnen mit Kinderhütendienst	Balikatan - Begegnungs- und Unterstützungszentrum für Filipinas, ihre Familien und Freundinnen	40'600
03-129	JU	Cours favorisant l'intégration des étrangers	Municipalité de Delémont	21'900
03-726	LU	DNI - Deutsch / Nachhilfe / Integration	ZIB - Zentrum für interkulturelle Bildung	14'500
03-036	LU	Bildungsangebot für Migrantinnen	Caritas Luzern	42'500
03-025	LU	Deutsch- und Integrationskurse für Frauen	CIFL-ENAIIP, Berufsbildungszentrum Schulleitung: Paolo Tedesco	54'000
03-010	LU	Deutsch- und Integrationskurse für Mütter/Eltern	FABIA: Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern	112'500
03-008	LU	Deutschkurs in Kriens für in Kriens wohnhafte Immigrantinnen. Konversationstreff Ambrosia	Interessengruppe "TastaWo"	5'000
03-701	NE	Français et Allemand pour femmes musulmanes: outils essentiels pour leur intégration	Association Neuchâteloise des femmes musulmanes	17'000
03-374	NE	Connaissance de la vie civique, de l'administration et des lois suisses"	Bureau du délégué aux étrangers (BDE)	23'000
03-321	NE	L'apprentissage du français comme premier outil d'intégration	Association RECIF	20'000
03-084	NE	Formule d'accueil des nouveaux arrivants suisses et étrangers dans le canton de Neuchâtel	Bureau du délégué aux étrangers (BDE)	55'000
03-684	SG	Deutschkurs für fremdsprachige Einwohner	Gemeinde Degersheim	22'000
03-672	SG	Ich lerne Deutsch; Sprachkurs für fremdsprachige Frauen	Arbeitsgruppe Integration Politische Gemeinde Wittenbach	7'270
03-635	SG	Mein Kind lernt Deutsch - ich auch	Berufs- und Weiterbildungszentrum Toggenburg Wattwil	12'500
03-604	SG	Deutsch + plus	Schweizerisches Rotes Kreuz St. Gallen	42'100
03-454	SG	Pilotprojekt Kompetenzzentrum Deutsch	A.I.D.A Schule für Alphabetisierung, Integration und Deutsch	50'000
03-377	SG	Literatur, Deutsch und Information im CaBi	Verein Café-Bibliothek St. Gallen	8'214
03-217	SG	Deutschkurse für Mütter der Schulkinder	Schulamt der Stadt St. Gallen Primarschulen	10'000
03-040	SG	Deutsch- und Integrationskurs für fremdsprachige Mütter und ihre Kinder im Vorschulalter	Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen in Kanton und Stadt St. Gallen / BILANG Rheintal	50'820
03-189	SH	Integration von ausländischen Familien	Evangelisch reformierte Kirchgemeinde Schaffhausen-Buchthalen	7'420
03-022	SH	Deutsch mit Euch	Begegnungszentrum Krummengasse 10	23'400
03-003	SH	CO-OPERA Migrantinnen Schaffhausen	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Regionalstelle Schaffhausen	35'000
03-002	SH	CO-OPERA Spezialkurse Schaffhausen	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Regionalstelle Schaffhausen	21'194
03-693	SO	Lernen im Betrieb (LIB)	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk Solothurn Bereich Bildung + Soziales	50'000
03-601	SO	Deutschkurs Leben in der Schweiz	Kultur- und Solidaritätsverein Solothurn	16'000
03-422	SO	Deutsch-Integrationskurs	Alevitisches Kulturzentrum Solothurn	16'700

anhang

03-196	SO	Sozialinformationen für Migranten im Kanton Solothurn und Kanton Aargau (SIM)	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk Solothurn Bereich Bildung + Soziales	13'000
03-143	SO	Deutsch Lernen in Biberist	IG Integrationskurs Biberist	9'440
03-030	SO	Lernen in der Gemeinde (LIG)	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk Solothurn Bereich Bildung + Soziales	64'700
03-004	SO	Integrationskurse Gerlafingen	IG Integrationskurs Gerlafingen	22'200
03-018	SZ	Grüezi. Ein präventives Integrationsprojekt für Mütter und Kinder im Kanton Schwyz	AGBAS	29'000
03-727	TG	Deutsch für Fremdsprachige in Eschlikon	Politische Gemeinde Eschlikon	5'000
03-372	TG	Mein Kind lernt Deutsch - ich auch	Weiterbildungszentrum Weinfelden	8'500
03-184	TG	Deutschkurse für fremdsprachige Frauen	Oberstufengemeinde Romanshorn-Salmsach	20'000
03-141	TG	HEKS in-fra, Integrationsprojekt für Migrantinnen	HEKS in-fraThurgau	185'000
03-005	TG	Konnex 2003: Deutsch- und Integrationskurse der Stadt Frauenfeld	Stadt Frauenfeld Verwaltungsabteilung Soziales	34'000
03-244	TI	Gruppo di conversazione e visite accompagnate	Associazione Amicizia Svizzero Tibetana	20'000
03-900	UR	Deutschkurse	Schule und Elternhaus Uri	5'245
03-721	VD	SIAM - Services d'Intégration et d'Aide aux Migrants	Association Thais&Friends Mme Nias Dessimoz	9'000
03-678	VD	Caritas Vaud: français et alphabétisation	Caritas Vaud	27'000
03-481	VD	Langue et communication	Appartenances	33'500
03-456	VD	Apprendre l'école: sensibiliser les parents d'élèves au système scolaire par des cours de français	Association Français en Jeu	22'000
03-156	VD	Cours intensifs de français et d'alphabétisation pour étrangers	Pôle sud	5'0000
03-798	VS	Niederschweilige Deutschkurse für fremdsprachige Frauen im Oberwallis	Regionaldelegierte Oberwallis Dialog Nord-Süd	12'000
03-108	VS	Cours de langue française Développement et renforcement de la structure existante	Espace interculturel de Sierre	12'000
03-045	VS	Intégration de femmes d'origine étrangère dans la région de Sion	OSEO	40'000
03-603	ZG	Deutsch für Fremdsprachige im Pflegebereich	Schweizerisches Rotes Kreuz Zug	9'000
03-371	ZG	Deutschkurs für Erwachsene und deren Kinder	Mewlan	26'000
03-299	ZG	Zuger Integrations-Sprachoffensive - Animative Integrations-Erstansprache fremdsprachiger Frauen im Rahmen der Mütterberatung	Einwohnergemeinde Zug Dep. Soziales, Gesundheit, Umwelt	24'240
03-237	ZG	Aufbau des Fachbereichs Sprache und Kultur sowie Betrieb einer Schreibstube im Rahmen des Integrationszentrums ZALT	Gemeinnütziger Verein ZALT (Zuger Arbeitslosen Treff)	54'000
03-020	ZG	Zuger Integrations-Sprachoffensive: Deutschkurse mit Sozialinformationen für fremdsprachige Frauen mit Kindern im Vorschul- oder Schulalter	Einwohnergemeinde Zug Dep. Soziales, Gesundheit, Umwelt	67'000
03-725	ZH	Deutschkurs für Mütter und Schichtarbeiter in Winterthur und Umgebung	Anatolisch Alevitisches Kulturzentrum in Winterthur und Umgebung	19'000
03-709	ZH	Deutschkurs für Mütter und Väter	ABEC	7'000
03-702	ZH	Deutschkurs für fremdsprachige Frauen	Schule Rafz	2'500
03-665	ZH	Schule Oberi-Deutsch für fremdsprachige Mütter	Schule Oberi-Deutsch für fremdsprachige Mütter	9'700
03-659	ZH	Deutsch- und Integrationskurs für fremdsprachige Frauen / Mütter	Elternforum der Oberstufe Turbenthal - Wildberg	5'000

03-649	ZH	Deutsch-Ermunterungskurs und Einführung in die Grammatik	CEBRAC - Centro brasileiro de Acao e cultura	4'000
03-642	ZH	Deutschkurs für Türkinnen und Türken	SERA Stiftung für Erziehung, Ausbildung und Integration	36'500
03-640	ZH	Deutsch - unsere Verständigungssprache - am Arbeitsplatz	Gewerkschaft Industrie, Gewerbe, Dienstleistungen SMUV	18'000
03-623	ZH	Lehrmittel für Deutschkurse für Thailänderinnen und Thailänder	learning link	30'550
03-621	ZH	Sprachschulung und soziale Integration fremdsprachiger Mitarbeiter	Robert Spleiss AG	36'100
03-465	ZH	Grüezi. Ein präventives Integrationsprojekt für Mütter und Kinder	Akrotea.ch GmbH	29'000
03-433	ZH	Integration von Frauen aus Ex-Jugoslawien durch Erteilen von Deutsch-Unterricht	Fürsorgebehörde Eglisau	11'000
03-410	ZH	Sprach- und Sprachvergleichskurs für tamilische Lehrkräfte	World Tamil Co-ordinationg Committee Education Service (WTCC-ES)	6'000
03-389	ZH	Integrationskurs für chinesischsprachige Ausländerinnen und Ausländer "Leben in der Schweiz"	Ling Yann Blume-Chiueh	14'000
03-363	ZH	Deutsch- und Integrationskurs für albanisch-sprechende Frauen/Mütter	IG Elternforum	2'350
03-354	ZH	Deutschunterricht	Marianne Gubler	1'500
03-350	ZH	Integrationskurs für junge Erwachsene	Sozialdepartement der Stadt Zürich: Ergänzender Arbeitsmarkt (EAM)	120'000
03-328	ZH	Verbesserte Integration der Albanisch Sprechenden in der Stadt Winterthur und Umgebung	IG Integration der AlbanerInnen	50'800
03-302	ZH	Harmonisches Zusammenleben Chinesen in der Schweiz	Tang Ren Chinesische Schule	119'000
03-269	ZH	SPRECHEN-VERSTEHEN-DAZUGEHÖREN: Deutsch- und Integrationskurs für Frauen	Bosnisches Integrationskomitee (BIK)	20'000
03-262	ZH	Deutsch für Frauen	ENAIP Berufsschule für MigrantInnen	13'300
03-232	ZH	Deutschkurse für Türken und Türkinnen	SERA Stiftung für Erziehung Ausbildung und Integration, Sektion Zürich	30'400
03-228	ZH	Konversationsgruppe für Frauen	FERI (Frauenverein für Erziehung und Integration)	19'200
03-182	ZH	Sprachkurse	Basketballclub Korac Zürich	10'600
03-181	ZH	Integral	Verein Mozaik Bibliothek und Begegnungsort	16'659
03-163	ZH	Konversationsgruppe für Migrantinnen	Sozialberatung der Stadt Adliswil	12'000
03-133	ZH	Deutschkurse für fremdsprachige Mütter mit Kinderbetreuung	Kleinkindberatung des Jugendsekretariates Bezirk Dietikon Erwachsenenbildungskommission der Schule Dietikon	18'600
03-123	ZH	Intensive Deutschkurse für Anfänger und Fortgeschrittene mit arabischer Muttersprache, Integrationskurs, Computerkurs	Schweizerisch-Arabisches Kulturzentrum	27'000
03-091	ZH	Bücher für Babys	Verein Interkulturelle Bibliothek für Kinder und Jugendliche, Zürich (KANZBI)	7'500
03-044	ZH	Deutsch Alphabetisierungskurse des Vereins FEMIA Zürich	Verein FEMIA	21'400

anhang

03-043	ZH	Deutschkurse für Mütter von Klein- und Schulkindern	Jugendsekretariat des Bezirks Dielsdorf	22'400
03-041	ZH	ElzuKi - Eltern zusammen mit Kindern	Schul- und Sportdep. der Stadt Zürich Ressort Volksschule und Betreuung	30'000
03-038	ZH	Deutsch-Alphabetisierung und Nachalphabetisierung für Migrantinnen	Schweiz. Arbeiterhilfswerk SAH, Regionalstelle Zürich	55'000
03-037	ZH	Sprachkurs für tamilische Eltern	World Tamil Co-ordinationg Committee Education Service (WTCC-ES)	12'000
03-032	ZH	Deutschkurse für fremdsprachige Mütter	Jugendsekretariat Horgen/Geschäftsstelle Eltern und Prävention	15'840
03-023	ZH	Grüezi Mitenand - Integrierter Mundartunterricht für ausländische Mütter	Gemeinschaftszentrum Buchegg	6'900
03-014	ZH	Niederschwellige Deutschkurse für fremdsprachige Mütter	Jugendsekretariat des Bezirkes Bülach/ Kontaktstelle Kleinkindfragen	8'000
03-012	ZH	Förderung der Integration der albanischen Frauen in der Region Zürich	Albanische Gemeinschaft Përparimi	38'080
03-007	ZH	Deutschkurs für Fremdsprachige der Gemeinde Thalwil	Gemeinde Thalwil, Sozialabteilung	8'000
03-001	ZH	Deutsche Konversation in kleinen Gruppen	HEKS Regionalstelle Zürich/Schaffhausen	30'000
Schwerpunkt 2 / point fort 2				1'718'368
03-850	AG	Weiterbildung von Schlüsselpersonen	Stadt Baden	2'000
03-162	AG	Kulturvermittlung	Jugendfürsorgeverein des Bezirks Muri	25'000
03-050	AG	da & dort: Plattform für Flucht-, Migrations- und Integrationsthemen im Aargau	CARITAS Aargau	18'000
03-330	BB	MEL: MigrantInnen in der Elternarbeit und Erwachsenenbildung	HEKS Regionalstelle beider Basel	55'000
03-411	BE	Train the Trainers	World Tamil Co-ordinating Committee Education Service (WTCC-ES)	6'000
03-070	BE	"Wenn einer eine Reise tut..."	Formazione	21'600
03-062	BE	Interkultura - Koordinationsstelle der fünf Ausbildungsgänge für Sprach- und KulturvermittlerInnen	Kantonal-bernische Arbeitsgemeinschaft für Elternbildung	50'000
03-049	BE	HSK-Lehrkräfte: Fort- und Weiterbildung; Eltern: Information an Elterntreffs	Bernische Dachorganisation Heimatsprachkurse	36'800
03-770	BS	Einstiegskurs in die Migrationsforschung	Studien- und Bildungszentrum für Migrationsfragen CSERPE	8'000
03-765	BS	Arcobaleno BS - "Welten, die sich begegnen..."	FOPRAS	19'564
03-744	BS	Lysistrata: Weiterbildung für MediatorInnen und Aufbau einer Interventionsgruppe in der Region Basel	FOPRAS	18'000
03-297	BS	Konkret - Netzwerk für ausländische Jugendliche in Problemsituationen	Ausbildungs- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten	38'400
03-862	CH	Alter und Migration: Multiplikatoren-schulung	Pro Senectute Baselland	6'000
03-710	CH	Weiterbildung für Schlüsselpersonen BZM	Arbeitsgruppe Interkulturelle Vermittlung	20'000
03-285	CH	"Jung und Alt"	Youth Projects	25'000
03-166	CH	Multiplikatoren-schulung !Adentro! Europa-Schweiz	FEMAES	10'662
03-136	CH	HEKS-linguadukt	HEKS ZH: Inlandzentrale	83'500
03-094	CH	Progetto Mediaterra, formazione di mediatori in campo scolastico	Centro Scuola e Famiglia delle Colonie Libere Italiane	16'000

03-067	CH	Fortbildung von Schlüsselpersonen: Lokale Partnerschaften für Integration	National Coalition Building Institute (Schweiz) NCBI	62'000
03-066	CH	Conoscere per integrare	Patronato ACLI	26'000
03-064	CH	MediatorInnen in Betrieben	Gewerkschaft Bau und Industrie GBI	78'306
03-060	CH	"Konstruktive Konfliktbearbeitung für VerantwortungsträgerInnen von Ausländerorganisationen"	SRK Zentrum für Migration und Gesundheit Fachbereich Beratung und Konfliktbearbeitung	15'000
03-056	CH	Aus- und Weiterbildung von DolmetscherInnen und interkulturellen MediatorInnen	Caritas Schweiz, Abteilung Integration	250'000
03-109	FR	Escuela Latinoamericana	Association Escuela Latinoamericana	12'000
03-164	GE	Développement du Collectif de Médiateurs Interculturels	MondialContact, Cultures et Citoyenneté, Genève	30'000
03-827	LU	"TüröffnerInnen"	Sentitreff Baselstrasse	13'000
03-772	LU	Coaching und Weiterbildung von interkulturellen MediatorInnen	Migrationsbüro ALBAMIG	13'025
03-740	LU	Orientierungsangebot "Leben in Luzern": Schlüsselpersonen	Stadt Luzern	16'000
03-387	LU	Weiterbildung Schlüsselpersonen	Migrationsbüro ALBAMIG	32'000
03-194	LU	Coaching und Weiterbildung von interkulturellen Mediatorinnen und Mediatoren	Sicherheitsdirektion der Stadt Luzern	15'000
03-072	LU	Ausbildung für interkulturelle Animation (AikA)	Einfache Gesellschaft Ausbildung für interkulturelle Animation (AikA)	16'000
03-048	LU	Fort- und Weiterbildung von Schlüsselpersonen	FABIA - Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern	32'780
03-055	NE	Formation des traducteurs et médiateurs socioculturels.	Bureau du délégué aux étrangers.	7'500
03-619	SG	Weiterbildung DolmetscherInnen	Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen für Stadt und Kanton St. Gallen	20'000
03-352	SG	Durch Information dazugehören - Wissen integriert	Stiftung MINTEGRA	10'000
03-075	SG	"miteinander"	Forum für Friedenserziehung	20'000
03-074	SG	INDUME - Integration durch Mediation. Mediatives Handeln als Mittel zur Verständigung	Zentrum für Mediation St. Gallen	24'300
03-697	SH	Tagungen zur kontinuierlichen Ausbildung	Grupo Integração	3'000
03-165	SH	Praxisgruppe Freiwillige Sozialbegleitung	Kontaktstelle Schweizer-Ausländer	7'000
03-115	SH	DERMAN Fachstelle für interkulturelle Mediation im Kanton Schaffhausen	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH Regionalstelle Schaffhausen	33'010
03-766	SO	Arcobaleno SO - "Welten, die sich begegnen..."	FOPRAS	29'604
03-218	SO	Mesch-GZ+ Migrationsspezifische Weiterbildung im Bereich der Gesundheitsförderung für interkulturelle VermittlerInnen, ausländische Schlüssel- und einheimische Fachpersonen	Schweizerisches Rotes Kreuz Kantonalverband Solothurn	11'400
03-053	SO	Grundkurs und Weiterbildung von DolmetscherInnen	Fachstelle Integration, Bereich interkulturelle Kommunikation	18'500
03-745	TG	Il Encontro Brasileiro na Suíça (deuxième Forum des Brésiliens en Suisse)	Equipe de coordination du Ile Forum des Brésiliens	10'000
03-247	TI	Un pallone amico	Istituto Ricerche di Gruppo IRG	10'500
03-221	TI	AMICI-Corsi per l'integrazione	CLIC Cooperativa Laboratorio per l'Impresa Comunitaria	36'000

anhang

03-105	TI	Derman Ticino - Progetto per l'integrazione e la mediazione interculturale nell'ambito della salute e dell'educazione speciale	Soccorso Operaio Svizzero SOS	28'000
03-396	VD	Développement du réseau et de la formation des interprètes communautaires	Association Appartenances	62'000
03-155	VD	Animation multiculturelle dans le cadre de la bibliothèque multiculturelle	Commune de Vevey	12'000
03-027	VD	Bon à savoir: communiquer et participer	Espace d'échanges interculturels arabo-suisse "SANABEL"	40'000
03-111	ZG	Vermittlung, Begleitung, Coaching und Fortbildung von Mediatoren, Mediatorinnen	Frau Valeria Reiterhauser	28'000
03-778	ZH	Fort- und Weiterbildung interkultureller ÜbersetzerInnen	Schweiz. Arbeiterhilfswerk SAH, Regionalstelle Zürich	7'000
03-679	ZH	Bildungsangebot - Entwicklung der Fähigkeit zur Organisationsbildung und zur Führung	Tuluyang Pinoy /Philippinisches Zentrum	3'000
03-677	ZH	Interkulturelle Kommunikation in der Stadtverwaltung	Gruppe Inter-Kultur Limmattal	15'000
03-676	ZH	incluso	Caritas Zürich	60'000
03-485	ZH	Fairness bei der Selektion und im Lehrstellenmarkt. Der "itsch-Faktor"?!?	NCBI (Schweiz)	55'750
03-419	ZH	Fort- und Weiterbildung von Schlüsselpersonen	Verein INFONET	10'000
03-168	ZH	Kontaktnetz Schlüsselpersonen	Jugendsekretariat des Bezirks Dielsdorf	12'000
03-085	ZH	MigrantInnen machen Elternbildung	Trägerschaft "MigrantInnen machen Elternbildung" Jugendsekretariat des Bezirks Uster	32'000
03-059	ZH	Eltern und Jugendliche in der Migration: Erwachsen werden zwischen zwei Kulturen	Schweiz. Arbeiterhilfswerk, SAH, Regionalstelle Zürich	25'500
03-054	ZH	Chancengleichheit (auch) im Mietrecht	Mieterinnen- und Mieterverband	16'667
Schwerpunkt 3 / point fort 3				3'278'824
03-692	AG	Stadtführung für Ausländer/-innen in der Stadt Aarau	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk Solothurn Bereich Bildung und Soziales	3'300
03-631	AG	Migrantinnen- und MigrantInnenparlament im Kanton Aargau	MigrantinnenRaum Aargau	15'000
03-427	AG	Informationsprojekte	Verein BabylonSchweiz	12'000
03-319	AG	HEKS VeRein	HEKS Regionalstelle AG/SO	71'115
03-087	AG	Quartierat "Allons-y Telli!"	Stadt Aarau	20'000
03-069	AG	Feminasana: Drehscheibe für Migration und Gesundheit	CARITAS Aargau	18'000
03-695	BB	Frauengruppe - Harmonia	Heset Grabovci	8'400
03-313	BB	Alter und Migration	Pro Migrante Basel	3'300
03-803	BE	Erziehung Hier und Da	Verein Bio Geschäftsstelle interunido	7'000
03-792	BE	Informationsveranstaltung für Tamilsprechende	BAFFAM Beratungsstelle für Ausländerfrauen und ihre Familien	8'580
03-749	BE	Lesüd-Lese-Schreib- und Übersetzungsdienst	Verein Lesüd	20'000
03-682	BE	Mitten unter Euch - Au Millieu de vous	SRK - Kantonalverband Bern	15'000
03-669	BE	Radiosendungen "Frauen Zu Rechte"	CFD	7'400
03-452	BE	Promovimento dell'integrazione degli stranieri anziani, anche per i non italo-foni.	Società Dante Alighieri - Berna	27'000
03-317	BE	Familienleben in zwei Kulturen	Brasilianischer Frauenverein ATTITUDE	11'270
03-293	BE	Frauengruppe für Spanischsprechende	BAFFAM Beratungsstelle für Ausländerfrauen und ihre Familien	10'600

anhang

03-206	BE	Haus der Religionen - Dialog der Kulturen	Herrnhuter Projekt	40'000
03-161	BE	Gut informierte Eltern erfolgreiche Kinder	Verein Bio Geschäftsstelle interunido	16'500
03-139	BE	Brücken - Nhiep câu	Sozial- und Quartierberatung Gäbelbach/ Holenacker	15'100
03-107	BE	Soirée pour parents de langue étrangère concernant l'orientation scolaire et professionnelle	Verein für Eltern und Bildung	4'000
03-779	BL	Frauen-Info	Ausländerdienst Baselland	4'000
03-613	BL	AHV/IV MigrantInnen wollen lachen, zusammen gesund leben, sich gegen Alleinsein und Isolation in der Schweiz integrieren / Förderung der Chancengleichheit von AHV/IV MigrantInnen	TIPI / Treffpunkt Integration Partizipation Information	22'000
03-728	BS	Niemand war schon immer da: Ein Stadtrundgang zum Thema Migration und Integration	Projektgruppe "Niemand war schon immer da"	10'000
03-696	BS	Finde deine Vision	Heset Grabovci	15'800
03-663	BS	Integrationsfördernde Kurse für AfrikanerInnen und Einheimische	Afrika Zentrum Basel "Afrikanischer Verein Basel"	10'000
03-647	BS	Theater Niemandland: Theaterstück Lysistrata & Performances	Verein für Jugendarbeit Kleinbasel	24'000
03-630	BS	RISVEGLIO - "Es ist nie zu spät für Integration"	FOPRAS	20'000
03-606	BS	Intensive Deutsch- und Integrationskurse für Migrantinnen	Frauengruppe Integration von Migrantinnen BS, BL u.U.	20'400
03-393	BS	Bärenfelser-Kinder-Wurzelprojekte 2002	Bä-Ki-Wu	15'900
03-348	BS	Centrepoin for the International Community in Basel	Centrepoin for the International Community in Basel	14'000
03-260	BS	Hinterhof 165	SRK Basel-Stadt	48'000
03-227	BS	Aufbau Begegnungszentrum "union" in Kleinbasel	Christoph Merian Stiftung	72'500
03-154	BS	Frauen begegnen Frauen	Evangelisch-Reformierte Kirche Basel-Stadt	25'000
03-082	BS	PlaZe - Planungszellen zur partizipativ-integrativen Stadtentwicklungsplanung in Basel Stadt	Abt. Migration und Integration des Kantons BS	33'287
03-782	CH	Informationsanlässe für türkisch abstämmige Eltern über das Bildungssystem	WATS Worldwide Association of Turkish Students c/o Terlemez Cebrail	12'000
03-734	CH	Libra Kulturzeitschrift	Kroatischer Kulturklub	20'000
03-683	CH	PERTECIPANDO	Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera	17'000
03-674	CH	Luana - Gesundheit ist meine Stärke/ Gesundheitskurse in Muttersprache	Schweizerisches Rotes Kreuz	29'000
03-617	CH	Lerne das Land, in dem du lebst kennen und schliess es in dein Herz	Lehrerverband der Jugoslawischen Ergänzungsschule in serbischer Sprache in der Schweiz	12'000
03-467	CH	FIM: Aufbau- und Strukturbeitrag	FIM: Forum für die Integration von MigrantInnen	300'000
03-466	CH	Interkulturelle Sportveranstaltung	Kulturverein Tamiler Illam	12'600
03-333	CH	Aufbauprojekte Midnight Basketball	mb.ch: Förderverein für Midnight Basketball	57'000
03-258	CH	Educazione all'integrazione tramite formazione e informazione	Associazione Corriere degli Italiani	16'000
03-253	CH	Kerninformationen als Grundlage für Partizipation	Gewerkschaft Bau und Industrie GBI	83'000
03-236	CH	Integrationsprojekt der Pfadibewegung Schweiz	Pfadibewegung Schweiz (PBS)	9'500
03-095	CH	Informationskurs für tamilische Eltern	World Tamil Co-ordinationg Committee Education Service (WTCC-ES)	15'000

anhang

03-864	FR	GREM (Groupe de Rencontre Ecole Parents Migrants)	Centre de contact Suisses-Immigrés	24'000
03-771	FR	L'intercultur-Elle au quotidien	Espacefemmes	15'000
03-685	FR	Integrationsprojekt SICOOP Schönberg	Vorstand der Mieterversammlung Schönberg, Genossenschaft SICOOP, Freiburg	9'000
03-614	FR	Une place pour toutes les langues et ... personnes -Des ponts entre les différentes cultures	Bibliothèque interculturelle, LivrEchange	1'500
03-759	GE	Permanence et information-santé pour femmes exilées et leurs enfants	Association CAMARADA	14'000
03-149	GE	Ateliers d'intégration sociale pour femmes exilées et leurs enfants	Centre CAMARADA	40'000
03-130	GE	Participation socio-culturelle des étrangers dans la Ville d'Onex (rencontres politiques - civiques)	Mairie d'Onex	18'000
03-602	GR	Radio Migrante	Balikatan - Begegnungs- und Unterstützungszentrum für Filipinas, ihre Familien und Freundinnen	14'300
03-833	LU	Mit Frauenthemen Frauen bewegen	Irène Kaeslin-Gunz	6'000
03-739	LU	Orientierungsangebot "Leben in Luzern": Integrationskursmodule	Stadt Luzern	26'500
03-688	LU	HIER UND HEUTE Informationsveranstaltungen für schweizerische und fremdsprachige Mitarbeitende in Profitbereichen	SAH, Regionalstelle Zentralschweiz	9'600
03-412	LU	Schulwesen und Berufsbildung - Grundkurs für tamilische Lehrkräfte	World Tamil Co-ordinationg Committee Education Service (WTCC-ES)	3'500
03-365	LU	Aufbau einer "Drehscheibe" für die tamilische Bevölkerung und schweizerische Institutionen im Kanton Luzern	Verein "Tamil Mandram	20'000
03-324	LU	TANDEM - Integrationspartnerschaften von zugewanderten und einheimischen Familien	TANDEM	15'000
03-241	LU	Förderung der interkulturellen Verständigung und Integration in Gemeinden.	Caritas Luzern	70'000
03-112	LU	"Ein mal Eins" Schulinformationen für fremdsprachige Eltern im Kanton Luzern	Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH, Regionalstelle Zentralschweiz	40'000
03-081	LU	Integration dank Partizipation (Fortbildung und Einsatz freiwilliger AnimatorInnen im Raume Luzern)	Shoqata Drini, Verein für schweizerisch-albanische Zusammenarbeit	25'000
03-732	NE	Vivre ici en venant d'ailleurs	Bureau du délégué aux étrangers (BDE)	20'000
03-342	NE	InterNos: Projet de renforcement de la participation civique et culturelle intercommunautaire par le projet associatif	InterNos (association neuchâteloise d'échanges culturels)	24'000
03-104	NE	"FeNEtre sur le monde"	Bureau du délégué aux étrangers	13'000
03-675	SG	Mitten unter Euch...	Schweizerisches Rotes Kreuz St. Gallen	20'000
03-654	SG	Mix-Rheintal	Sprachschule Susanne Büchler	8'400
03-791	SH	PROINTEGRA	Albanische Gemeinschaft in Schaffhausen	18'000
03-767	SO	Risveglio - "Es ist nie zu spät für Integration"	FOPRAS	19'760
03-694	SO	Jugendtanztheater - ein Integrationsprojekt des Alten Spitals Solothurn	Altes Spital Solothurn	11'000
03-028	SO	In Olten gemeinsam: Froburg, Säli, Born	Einwohnergemeinde der Stadt Olten, Direktion Soziale Dienste	75'000
03-731	SZ	Workshop für Interkulturelle Kommunikation und Bildung	Vereinigung Frauen und Mädchen verschiedener Herkunft c/o Anna Leoni	9'000

03-789	TG	Da und fort. Ein Leben in zwei Welten. Wanderausstellung in Frauenfeld	Verwaltungsabteilung Soziales Fachstelle für Integration	16'000
03-628	TG	Willkommen in Frauenfeld -Begrüssungskurs	Fachstelle für Integration Frauenfeld	7'520
03-627	TG	Von Frau zu Frau	Primarschulgemeinde Frauenfeld	4'500
03-453	TG	Pilot: lokale Kleinprojekte Frauenfeld	Fachstelle für Integration	30'000
03-768	TI	Abitare assieme, vivere assieme	Municipio di Monte Carasso	22'000
03-653	TI	Tango argention e teatro, ascoltarsi in silenzio: incontro e fusioni di culture	Incontro e fusione di culture diverse	9'000
03-651	TI	L'integrazione secondo me... I giovani del pre-tirocinio ci raccaontano la loro esperienza	al castello sa produzioni cinematografiche sa	50'000
03-473	TI	scuola, famiglie, quartiere: insieme per l'integrazione (fase II)	Alta Scuola Pedagogica	60'000
03-390	TI	Rete di intesa e integrazione per individui e gruppi della ex-Jugoslavia	Organizzazione cristiano-sociale ticinese (OCST)	25'000
03-073	TI	Genitori, figli e operatori nella nuova realtà multiculturale	Dipartimento della formazione professionale	14'000
03-061	TI	Conoscere, Trovarsi, Proporsi	Associazione Opera Prima	19'000
03-835	VD	Bleu, Blanc, Or: Voyage au pays de C.F. Ramuz	Association CasaMundo	5'000
03-738	VD	Famille du Maghreb: une meilleure intégration par une meilleure compréhension entre la 1ère et la 2ème génération	Association des amis du Maroc	7'000
03-718	VD	"Groupe Cocktail"	Espace Femmes Riviera - Association Appartenances	10'000
03-717	VD	"Café Clatsch"	Centre Femmes-Appartenances	10'000
03-629	VD	Intégration des familles et des enfants dans leur quartier et leur ville	Conseil régionla de EERV (Eglise évangélique réformée Vaud) Service Communautaire de la Planchette	39'000
03-132	VD	Un Ruisseau d'amitié: Animations destinées aux enfants et aux mères dans des quartiers à forte proportion d'étrangers	Association "Un Ruisseau d'amitié"	19'000
03-119	VD	Vers un partenariat entre communautés migrantes et institutions	Centre Femmes-Appartenances	90'000
03-117	VD	Echanges et intégration: accueil de groupes et de classes à la bibliothèque interculturelle "Globlivres" de Renens	Association "Livres sans frontières, Renens": Globlivres	29'000
03-076	VD	Vivre ensemble 2003	Association "Vivre ensemble 03" c/o Musée historique de Lausanne	30'000
03-754	VS	Choc des civilisation ou rencontre des cultures?	Centre de Loisirs et culture de Martigny	10'000
03-491	VS	Echanges Interculturels	Centre Suisses-Immigrés	40'000
03-486	VS	Vivre ensemble / "Miteinander leben"	Jugendkommission des Kantons VS	22'500
03-106	VS	Cours de français	Centre Suisses-Immigrés	21'000
03-080	VS	Le Bus	Centre de Loisirs et culture de Martigny	34'000
03-349	ZG	Ethnopoly	Verein KATAMARAN	18'000
03-197	ZG	Work in progress: Chancengleichheit für MigrantInnen auf dem Zuger Arbeitsmarkt	Verein Integrationsnetz Zug	10'000
03-830	ZH	Treffpunkt Klang	together-music	15'000
03-812	ZH	"Pinoy Forum" - Infoabend Reihe	Tuluyang Pinoy /Philippinisches Zentrum	10'545
03-801	ZH	Mütter- und Väterbefragung in der Stadt Zürich	Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Zürich	50'000
03-783	ZH	Integrationskurs für thailändische Mütter mit Vorschulkindern	Jugendsekretariat des Bezirks Bülach Kontaktstelle Kleinkindfragen	1'400

anhang

03-764	ZH	Leben in Winterthur	Stadt Winterthur Koordinationsstelle für Integraton	29'100
03-741	ZH	Integrationsprojekt des Quartiervereins Gut- schick-Mattenbach und des Büros für Quartier- kultur und Freizeitaktionen	Stadt Winterthur Departement Kulturelles und Dienste Büro für Quartierkultur und Freizeitaktionen	6'030
03-690	ZH	Veranstaltungsreihe zum Thema Alter und Mi- gration im Glattal	ACLI-Dübendorf	12'000
03-673	ZH	Interkulturelles Forum Winterthur informiert Schweizer über Ausländerorganisationen und deren Tätigkeit	Interkulturelles Forum Winterthur	10'000
03-671	ZH	Integrationshilfe für türkische Gemeinschaft in Winterthur	Türkische Gemeinschaft Winterthur c/o Gönc Mesut	12'000
03-670	ZH	Elternbildungs- und Kooperationsarbeit in Winterthur/Töss. Förderung der türkischen Eltern	Türkische Gemeinschaft Winterthur c/o Gönc Mesut	4'500
03-657	ZH	Fremdsprachige Kinder- und Jugendbibliothek der Regionalbibliothek Winterthur	Winterthurer Bibliotheken	25'000
03-637	ZH	Mitten unter Euch...	Schweizerisches Rotes Kreuz Kanton Zürich	40'000
03-625	ZH	KATPAKAM - Deutsch-Konversationsgruppen für tamilische Frauen	HEKS Regionalstelle Zürich/Schaffhausen	3'975
03-484	ZH	Mozaik: interkulturelle Bibliothek	Verein Mozaik Bibliothek und Begegnungsort	10'000
03-475	ZH	Informationsveranstaltungen für Eltern und Lehrkräfte	SERA Stiftung für Erziehung, Ausbildung und Integration	5'400
03-403	ZH	Weiterbildungsveranstaltungen	FIZ Fraueninformationszentrum	8'200
03-388	ZH	Radioworkshops für ausländische Kinder, Ju- gendliche und Erwachsene	Verein klipp&klang	110'000
03-370	ZH	Video und Lehrmittel: Erwachsen werden in zwei Kulturen	Bernasconi und Keller	40'000
03-369	ZH	Sarasvati. Unterstützung tamilischer Mütter und ihrer Kinder für eine bessere Integration in die Gesellschaft	Verein Kamadhenu	22'000
03-362	ZH	Kontakte zu Arbeitsstellen, Institutionen und ausgewählten Organisationen als Partizipati- onsgrundlage für Frauen	Femigran c/o Gewerkschaftsbund des Kantons Zürich	44'050
03-341	ZH	Angebote für Migrantinnen - Region Bülach: Bildung / Begegnung / Information	Jugendsekretariat des Bezirkes Bülach	33'000
03-300	ZH	Informare per integrare	Radio LoRa Alternative Local Radio	19000
03-274	ZH	Ein Baby in der Fremde - Oder wie hole ich mir das Vertraute? Mutter-Kind-Gruppe für Mig- rantinnen	Ausländerorganisation Interessengemeinschaft Integrationsprojekte	9000
03-234	ZH	Aufgaben- und Alltagshilfe	Verband Schweizerischer Jüdischer Fürsorgen	13000
03-222	ZH	Familienplanungskurs für tamilische Frauen	Kulturverein Tamiler Illam	23040
03-203	ZH	Integrationskurs für tamilische Mütter mit Vor- schulkindern	Jugendsekretariat des Bezirkes Bülach	3200
03-200	ZH	Integration ist keine Utopie IKU	Schulgemeinde Langnau a. A.	2300
03-127	ZH	URAT: Kontaktnetz für kosova-albanische Familien	Caritas Zürich	70000
03-125	ZH	Jugendtanz-Plattform # 4	Jugendtanz-Plattform	4000
03-121	ZH	Wohnkultur Zürich	Stiftung Domicil	50000

03-098	ZH	Elternmitarbeit in der Schule: Elternbildung mit fremdsprachigen Müttern und Sensibilisierung der Schule für interkulturelle Arbeit	Verein FEMIA	16520
03-096	ZH	Transbabylon Forum - Integration, Vernetzung und Partizipation in Zürichs Kreis 5	Inura Zürich Institut für Stadtforschung	20000
03-089	ZH	Integração sem discriminação	Grupo Ação - Gruppe von Brasilianerinnen in der Region Zürich	2000
03-078	ZH	Cafédona. Interkultureller Treffpunkt für Migrantinnen	Sozialdepartement der Stadt Zürich, Sozialzentrum Ausstellungsstrasse, Infodona, Beratungsstelle für Migrantinnen und ihre Familien	15400

Schwerpunkt 4 / point fort 4 2'316'990

03-870	BE	Suisse-Afrique: quelle politique d'intégration?	Association Culturelle des Africains de Suisse	1500
03-846	BE	Studie: Raumplanungsfragen	Universität Bern Institut für öffentliches Recht	6456
03-489	BS	LOTSE-Coaching: Begleitung für fremdsprachige in Ausbildung stehende Jugendliche und ihre LehrmeisterInnen	Stiftung LOTSE	24000
03-899	CH	Homepage Alter & Migration	Pro Senectute Schweiz	5000
03-898	CH	Metropolis 2004	Swiss Forum for Migration and Population Studies	35050
03-894	CH	Sonderausgabe Eigenart	Kulturzeitschrift eigenART	15000
03-892	CH	Vorstudie: transkulturelle Öffnung von Institutionen	SRK	49094
03-889	CH	Studie muslimische Gesellschaften	GRIS Groupe de recherche sur l'Islam en Suisse	60000
03-888	CH	Studie zum Thema "angemessene Wohnung"	Advokatur und Consulting Alberto Achermann	95000
03-886	CH	Studie Kinderbetreuung: Einbezug von Ausländerinnen und Ausländern	Arbeitsgemeinschaft c/o Dr. Silvia Banfi	40000
03-885	CH	Tagung Sprachenvielfalt	vpod Zentralsekretariat	8000
03-882	CH	Literaturrecherche Wohnen und Migration	Elisabeth Ritter	21000
03-878	CH	Studie: Wohn- und Siedlungspolitik	Ethnologisches Seminar der Universität Basel Angewandte Migrationsforschung und Zentrum für Afrikastudien	30'000
03-877	CH	Forschung: Motivation und Voraussetzungen für freiwillige Quartierarbeit	Inura Zürich Institut für Stadtforschung	10'000
03-873	CH	Vorstudie: Interkulturelle Öffnung von Verwaltungen	PriceWaterhouseCoopers	45'000
03-868	CH	Integration ausländischer Jugendlicher	Schweizerischer Studentenverein	25'000
03-867	CH	SID PROJECT: Follow up		60'000
03-863	CH	Kommunikationsunterlagen zu Integration und Arbeitswelt	BASS Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien	50'000
03-856	CH	UNICEF DAY	UNICEF	20'000
03-855	CH	Migration in der Geschichte der Schweiz	Verein Schweizerischer GeschichtslehrerInnen VSGs	13'000
03-854	CH	Jugendsession 2003/Integration	SAJV (Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände) Sekretariat der Jugendsession	10'000
03-853	CH	Secondos Theaterwettbewerb	Migrationsbüro ALBAMIG	90'000
03-847	CH	Broschüre: Was nach der Schule	Schweizerischer Verband für Berufsberatung	20'000

anhang

03-845	CH	Studie: Integration von Ausländerinnen und Ausländern in der Arbeitswelt	Büro für arbeits- und sozialpolitische Studien BASS	25'000
03-843	CH	Rencontres: regionale Integrationsveranstaltungen	FIM: Forum für die Integration von MigrantInnen	200'000
03-840	CH	Journée des droits de l'enfant	Fondation Education et Développement	15'000
03-839	CH	Swiss Africa Forum	Groovesound GmbH	16'000
03-837	CH	Unterstützung LehrmeisterInnen	Schweizerischer Gewerbeverband sgV	106'500
03-822	CH	Beitrag an Filmprojekt <Fremdes Land>	silvertrain productions	13'000
03-818	CH	Vorstudie für eine Staatskunde Broschüre	HEKS ZH: Inlandzentrale	24'200
03-815	CH	Alter und Migration: Broschüre	Projektgemeinschaft Alter und Migration	15'000
03-733	CH	IDI con TOTO: Lehrgang für LeiterInnen von Sprach- und Integrationskursen	Verein AkDaF c/o akrotea.ch	80'000
03-492	CH	Themenhefte für binationale Paare und Familien	ig binational	100'000
03-462	CH	Pilotprojekt Nachrichtenagentur	Soliday News Center Basel	151'000
03-441	CH	Aufbau Internetsite BINATIONAL	Verbund der Beratungsstellen c/o COMPAGNA	108'000
03-437	CH	recherche "La migration féminine"	le 2eme observatoire, Genève	25'000
03-434	CH	Sésame, ouvre-toi	Travail.Suisse	82'000
03-860	LU	Umfrage Vereinszugehörigkeit	Museum im Bellpark	15'000
03-814	OW	Alle anders - alle gleich	alle anders - alle gleich: Geschäftsstelle	60'000
03-887	TI	Il Ponte	Tele Ticino	117'000
03-869	TI	Manuale di Fotolinguaggio	Mariapia Borgnini	18'000
03-824	VD	Emissions de télévision avec et pour jeunes "Kolak"	Teenergy Production	43'300
03-806	VD	Droits du patient migrant	Ariane Ayer Muriel Gilbert	30'000
03-883	ZH	Evaluation der Kurse "In Zürich leben"	Universität Zürich, Ethnologisches Seminar	12'740
03-851	ZH	ECB-Tagung "Vielfalt binationaler Lebensformen"	IG Binational	8'000
03-848	ZH	integras kanton zürich	Amt für Berufsbildung	45'000
03-446	ZH	Zürcher Forum der Religionen	Zürcher Forum der Religionen	10'000

Schwerpunkte 5-7 / points forts 5-7 2'030'700

03-470	AG	Koordinationsstelle für Integrationsfragen: Übergangsbeitrag	Migrationsamt Kanton Aargau	50'000
03-505	BE	Leistungsauftrag BE (ISA)	Informationsstelle für Ausländerfragen ISA	100'000
03-501	BL	Leistungsauftrag BL (ALD)	Ausländerdienst Baselland ALD	100'000
03-504	BS	Leistungsauftrag BS (GGG)	GGG Informationsstelle Integration	100'000
03-517	FR	Leistungsauftrag FR (CCSI)	CCSI: Centre de Contact Suisses-Immigrés	70'000
03-515	JU	Leistungsauftrag JU (Bureau de l'inégration)	Service de l'Etat civil et des habitants Bureau de l'intégration	50'000
03-503	LU	Leistungsauftrag LU (FABIA)	FABIA Fachstelle für die Beratung und Integration von Ausländerinnen und Ausländern	120'000
03-516	NE	Leistungsauftrag NE (BDE)	Bureau du délégué aux étrangers	150'000
03-514	SG	Leistungsauftrag SG (ARGE SG)	Arbeitsgemeinschaft für Integrationsfragen St. Gallen (AGBAS)	140'000
03-511	SH	Leistungsvertrag SH (Schaffhauser Kontaktstelle)	Schaffhauser Kontaktstelle Schweizer-Ausländer	50'000
03-510	SO	Leistungsauftrag SO (ALD SO)	Ausländerdienst Kanton Solothurn	80'000

anhang

03-507	SZ	Leistungsauftrag SZ (Ausländerberatung Ausserschwyz)	Ausländerberatung Ausserschwyz	50'000
03-502	TG	Leistungsauftrag TG (Fachstelle für Integration)	Fachstelle für Integration Frauenfeld	50'000
03-509	VD	Leistungsauftrag VD (CSP)	Fraternité Centre social protestant CSP	135'000
03-508	ZG	Leistungsauftrag ZG (Caritas)	Caritas Schweiz, Abteilung Integration	50'000
03-522	ZH	Leistungsauftrag ZH Oberland	Fachstelle für interkulturelle Fragen Zürcher Oberland	70'000
03-521	ZH	Leistungsauftrag ZH (FIF Limmattal)		70'000
03-513	ZH	Leistungsauftrag ZH (KAAZ)	KAAZ	110'000
03-512	ZH	Leistungsauftrag Stadt Winterthur	Koordinationsstelle der Stadt Winterthur	70'000
03-506	ZH	Leistungsauftrag ZH (FIF)	Fachstelle für interkulturelle Fragen der Stadt Zürich (FIF)	150'000
03-874	CH	Prozessbegleitung / Grundlagenarbeit Schwerpunkt D2	BASS Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien	100'000
03-520	CH	Teilevaluation Schwerpunkt 2	BASS Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien	15'700
03-469	CH	Entwicklungsprozess Ausländerdienste	Unternehmensberatung Victor Schiess	150'000
03-103	BE	"Circuisine" Förderung der Integration von ausländischen Jugendlichen	Circuisine	39'000
03-884	CH	Diversity Policies Network	Migration Policy Group	7'500
03-760	CH	Museo Italiano nel Dreiländereck: Svizzera, Germania, Francia	MUSEO ITALIANO NEL DREILÄNDERECK	35'000
03-661	CH	Integrationsprojekt für spanischsprechende Migranten in der Schweiz	Förderndes Organ des Integrationsprojektes in der Schweiz	10'000
03-781	GE	L'Afrique et les Africains en Suisse: Intégration et co-intégration	Association culturelle Regards Africains	15'000
03-713	LU	Gemeinsam Musizieren	Beratungs- und Koordinationsstelle für AusländerInnen	16'000
03-099	LU	Von der Information zur Integration	Integrationskommission der Gemeinde Emmen	14'150
03-114	SG	Musik und Migration	Verein Musik und Migration	67'000
03-113	SG	"Die verbotene Liebe zum Balkan"	Arbeitsgemeinschaft Linthgebiet	30'500
03-737	VS	Monthey - Ville ouverte	Commune de Monthey Commission communale de l'intégration des étrangers, par Aude Joris	30'000